

Produkthaftungshandbuch

von

Prof. Dr. Ulrich Foerste, Thomas Kreifels, Dr. Stefan Mühlbauer, Prof. Dr. Dr. h.c. Rolf A. Schütze, Carolin Weide,
Dr. Friedrich Graf von Westphalen, Dr. Harro Wilde, Prof. Dr. Wolfgang Winkelbauer

3. Auflage

[Produkthaftungshandbuch – Foerste / Kreifels / Mühlbauer / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](#) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Arztrecht, Haftpflichtrecht, Produkthaftung](#)



Verlag C.H. Beck München 2012

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 60387 7

beck-shop.de

Foerste/Graf von Westphalen
Produkthaftungshandbuch

beck-shop.de

Produkthaftungshandbuch

Herausgegeben von:

Prof. Dr. Ulrich Foerste

und

Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Verfaßt von:

Prof. Dr. Ulrich Foerste, Universität Osnabrück

Dr. Thomas Kreifels, Rechtsanwalt in Düsseldorf

Dr. Stefan Mühlbauer, Rechtsanwalt in Stuttgart

Prof. Dr. Dr. h. c. Rolf Schütze, Rechtsanwalt in Stuttgart,

Honorarprofessor an der Universität Tübingen

Carolin Weide, Rechtsanwältin in Düsseldorf

Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen, Rechtsanwalt in Köln,

Honorarprofessor an der Universität Bielefeld

Dr. Harro Wilde, Rechtsanwalt in Stuttgart

Prof. Dr. Wolfgang Winkelbauer, Rechtsanwalt in Stuttgart,

Honorarprofessor an der Universität Tübingen

3., überarbeitete Auflage



Verlag C. H. Beck München 2012

beck-shop.de

Zitiervorschlag:

Produkthaftungshandbuch / *Bearbeiter*
Beispiel: Produkthaftungshandbuch / *Foerste* § 24 Rn. 22

www.beck.de

ISBN 9783406603877

© 2012 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: fgb · freiburger grafische betriebe
Bebelstraße 11, 79108 Freiburg
Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen (Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 3. Auflage

Die hier vorgelegte dritte Auflage des bei Praktikern bewährten, aber auch in der Wissenschaft freundlich aufgenommenen Handbuchs ist das Ergebnis einer neuen Konzeption. Anstelle eines bislang zweibändig vorgelegten Werkes finden sich nunmehr alle wesentlichen Darstellungen in einem Band. Prägend bleiben die ausführliche und detailgenaue Darstellung der deliktsrechtlichen Produkthaftung und die Erörterung der auf Vertragsrecht gestützten Haftungsfiguren sowie die des Straf- und des Versicherungsrechts. Natürlich sind alle diese Kommentierungen auf den neuesten Stand gebracht worden, teilweise – etwa im Vertragsrecht als Ergebnis der Schuldrechtsmodernisierung – war auch eine vollständige Neubearbeitung geboten. Die Schuldrechtsreform hat zugleich die Reichweite der deliktischen Haftung beeinflusst, die im Übrigen durch wichtige BGH-Entscheidungen fortentwickelt wurde. Weitreichende Neuerungen ergaben sich allerdings auch bei der Kommentierung zum ProdHaftG, dessen Erörterung jetzt auch wegen der zunehmenden praktischen Bedeutung dieses Bereichs in diesem Band zu finden ist. Ganz wesentlich ist zudem die vertiefende Darstellung des in der Praxis so bedeutsamen Bereichs der Qualitätssicherung. Hier sind auch die Auswirkungen des erst kürzlich verabschiedeten ProdSG bereits umfassend berücksichtigt. Auf die Darstellung der Länderberichte, die einen ganz erheblichen Teil von Band 2 der 2. Auflage ausmachten, wird künftig verzichtet.

Neu in den Kreis der Autoren sind als bestens ausgewiesene Praktiker Herr RA Dr. Thomas Kreifels, Düsseldorf, und Frau RAin Carolin Weide, Düsseldorf, für den Bereich der Qualitätssicherung gestoßen; die Neubearbeitung des versicherungsrechtlichen Teils hat dankenswerterweise Herr RA Dr. Stefan Mühlbauer, Stuttgart, übernommen.

Die Herausgeber danken allen Autoren sehr für die große Mühe, der sie sich termingerecht unterzogen haben, um das Werk auf den neuesten Stand zu bringen. Sie danken auch Herrn Stefan Tischler vom Beck-Verlag für seine unermüdlich anspornenden Initiativen und mancherlei Langmut.

Herr Prof. Dr. Ulrich Foerste, Osnabrück, der bereits von der ersten Auflage an die deliktsrechtliche Produkthaftung kommentiert hat, fungiert nunmehr auch als Mitherausgeber. Damit ist die Zukunft dieses in der Praxis so geschätzten Standardwerks gesichert.

Nach wie vor hoffen Herausgeber und Autoren, dass dieses Werk in der praktischen Durchdringung der unterschiedlichsten Problemstellungen im Bereich des Produkthaftungsrechts wertvolle Dienste leisten wird. Für Anregungen und Hinweise aus der Praxis sind wir stets dankbar.

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	LVII
Literaturverzeichnis	LXIII

1. Teil. Vertragliche Haftung (*Graf von Westphalen*)

§ 1. Fehler – Mangel – im Kaufrecht	2
§ 2. Fehler – Mangel: Werkvertragsrecht	46
§ 3. Garantieübernahme beim Kauf- und Werkvertrag	59
§ 4. Untersuchungs- und Rügepflicht	87
§ 5. Arglist – Wissenszurechnung: § 166 BGB analog	123
§ 6. Nacherfüllung im Kaufrecht	134
§ 7. Nacherfüllung im Werkvertragsrecht	158
§ 8. Fehlschlagen der Nacherfüllung	169
§ 9. Schadensersatzansprüche	176
§ 10. Verjährung	197
§ 11. Verletzung von Nebenpflichten	222
§ 12. Verschulden bei Vertragsabschluss	242
§ 13. Besonderheiten des Verbrauchsgüterkaufs	250
§ 14. Individualvertrag – § 305 Abs. 1 Satz 3 BGB	260
§ 15. Einbeziehung von AGB	267
§ 16. Kollision von Standardbedingungen	281
§ 17. Haftungsfreizeichnungs- und Haftungsbegrenzungsvereinbarungen	294

2. Teil. Deliktische Haftung (*Foerste*)

§ 18. Die Entwicklung der deliktsrechtlichen Produkthaftung	311
§ 19. Grundzüge der deliktsrechtlichen Produkthaftung	314
§ 20. Bedeutung der deliktsrechtlichen Produkthaftung	316
§ 21. Geschützte Rechtsgüter	321
§ 22. Rechtsgutsverletzung	365
§ 23. Rechtswidrigkeit	374
§ 24. Verkehrspflichten im Bereich der Warenherstellung	381
§ 25. Träger der Verkehrspflichten bei der Warenherstellung	524
§ 26. Verkehrspflichten des Händlers	609
§ 27. Verkehrspflichten des Produktbenutzers	639
§ 28. Verschulden	647
§ 29. Schädigung	652
§ 30. Beweisfragen der Haftung für Pflichtverletzungen	657
§ 31. Allgemeines zur Schutzgesetzhaftung	707
§ 32. Schutzgesetze	708
§ 33. Voraussetzungen der Schutzgesetzhaftung	720
§ 34. Beweisfragen der Schutzgesetzhaftung	725
§ 35. Voraussetzungen der Haftung für sittenwidrige Schädigung	730
§ 36. Beweisfragen der Haftung für sittenwidrige Schädigung	735
§ 37. Voraussetzungen der Haftung für Verrichtungsgehilfen	736
§ 38. Entlastungsbeweis des Unternehmers	742

Inhaltsübersicht

	Seite
§ 39. Anspruchsgrundlagen für einen Rückruf	747
§ 40. Obliegenheitsverletzungen, Mitverschulden des Geschädigten	755
§ 41. Verjährung deliktsrechtlicher Ansprüche	766
§ 42. Haftung mehrerer Unternehmen	770
§ 43. Haftung mehrerer Personen desselben Unternehmens	790

3. Teil. Produkthaftungsgesetz (Graf von Westphalen)

§ 44. Einleitung	795
§ 45. Haftungstatbestand – § 1 ProdHaftG	799
§ 46. Haftungsausschlusstextbestände	809
§ 47. Produkt	841
§ 48. Produktfehler	858
§ 49. Endhersteller – Teilehersteller – Importeur – Quasi-Hersteller – Lieferant	885
§ 50. Mehrheit von Ersatzpflichtigen	924
§ 51. Mitverschulden	929
§ 52. Umfang der Schadensersatzpflicht	936
§ 53. Verjährung – Erlöschen der Ansprüche – §§ 12, 13 ProdHaftG	945
§ 54. Verbot von Haftungsbegrenzungs- und Haftungsfreizeichnungsvereinbarungen – § 14 ProdHaftG	953
§ 55. Beweislast	955
§ 56. Konkurrenzdienst in Haftungsansprüchen	962

4. Teil. Qualitätssicherungsvereinbarungen (Kreifels/Weide)

§ 57. Gegenstand, Ursache und Funktionen von QSW/QMV	967
§ 58. Verhältnis der Qualitätssicherungsvereinbarung zum Liefervertrag	970
§ 59. Vorgaben durch Produktsicherheitsrecht, insbesondere Produktsicherheitsgesetz	980
§ 60. Haftungsrechtliche Wirkungen von QSV	1003
§ 61. QSV und AGB-Recht	1020
§ 62. Typischer Inhalt und rechtliche Bewertung von QSV	1026
§ 63. Branchenspezifika	1090

5. Teil. Produkthaftpflicht-Versicherung (Mühlbauer)

§ 64. Einführung	1099
§ 65. Leistungen des Versicherers	1104
§ 66. Versicherungsgegenstand	1104
§ 67. Versichertes Risiko	1113
§ 68. Mitversicherung der persönlichen Haftung	1114
§ 69. Abgrenzung und Erweiterung des Versicherungsschutzes, Begriffsdefinitionen	1115
§ 70. Personen- oder Sachschäden aufgrund von Sachmängeln infolge Fehlens von vereinbarten Eigenschaften	1116
§ 71. Verbindungs-, Vermischungs- und Verarbeitungsschäden	1116
§ 72. Weiterverarbeitung – Weiterbearbeitung eines mangelhaften Erzeugnisses ohne Vermischung, Verbindung oder Verarbeitung	1125
§ 73. Aus- und Einbaukosten	1128
§ 74. Maschinenklausel	1135
§ 75. Prüf- und Sortierkosten	1141
§ 76. Auslandsdeckung (Umfang nach besonderer Vereinbarung)	1144
§ 77. Risikoabgrenzungen	1144
§ 78. Zeitliche Begrenzung, Versicherungsfall, Serienschaden, Versicherungssumme, Maximierung, Selbstbeteiligung	1150
§ 79. Erhöhung und Erweiterung des Risikos/neue Risiken	1159

Inhaltsübersicht

6. Teil. Strafrechtliche Produktverantwortung (<i>Winkelbauer</i>)	Seite
§ 80. Grundlagen der strafrechtlichen Haftung	1161
§ 81. Materielle Voraussetzungen der strafrechtlichen Verantwortung für fehlerhafte Produkte	1172
§ 82. Einzelfragen	1203
§ 83. Praktische Verhaltensregeln bei strafrechtlichen Ermittlungsmaßnahmen im Unternehmen	1232
§§ 84.–99. in dieser Auflage nicht belegt	
 7. Teil. Internationales Privat und Prozessrecht	
§ 100. Internationales Privatrecht (<i>Wilde</i>)	1239
§ 101. Gerichtsbarkeit über ausländische Staaten und Staatsunternehmen (<i>Schütze</i>)	1260
§ 102. Internationale Zuständigkeit (<i>Schütze</i>)	1263
§ 103. Durchführung des Produkthaftungsprozesses mit Auslandsberührung (<i>Schütze</i>)	1266
§ 104. Die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Entscheidungen in Produkthaftungssachen (<i>Schütze</i>)	1272
Sachregister	1279

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Vertragliche Haftung

§ 1. Fehler und Mangel

	Rn.
I. Fehler – Mangel – im Kaufrecht	1
1. Vorbemerkung	1
2. Sachmangel	5
a) Sieben Kategorien	5
b) Umfassende Geltung der Norm des § 434 BGB	6
3. Beschaffenheitsvereinbarung – § 434 Abs. 1 Satz 1 BGB	7
a) Vereinbarte Sollbeschaffenheit	8
aa) Eigenschaften der Sache	9
bb) Gleichsetzung	11
cc) Dauerhaftigkeit der Beschaffenheit/Eigenschaft	12
b) Abgrenzung	13
4. Einzelfälle	16
a) Verdachtsmomente – Beschaffenheitsvereinbarung	16
b) Verneinung der Beschaffenheit	18
5. Vereinbarung der Beschaffenheit	19
a) Ausdrückliche Vereinbarung	20
aa) Gegenüber einer Garantie/Zusicherung – §§ 443, 444 BGB	21
bb) Wissenserklärung	22
b) Negative Beschaffenheitsvereinbarung	23
aa) Auf Grund eines Individualvertrages	23
bb) Auf Grund einer AGB-Klausel	25
6. Gebrauchte Sachen	27
7. Kauf auf Probe/Muster	28
8. Konkludente Beschaffenheitsvereinbarung	30
9. Formerfordernisse	32
II. Eignung für die vertraglich vorausgesetzte Verwendung – § 434 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BGB	33
1. Vertragliche Vereinbarung	34
2. Offenlegung des Verwendungszwecks	35
a) Vertragliche Grundlage	35
b) Bezugnahme auf technische Normen	36
3. „Negative“ Beschaffenheitsvereinbarung	38
4. Festlegung eines besonderen Verwendungszwecks	40
5. Eignung der Kaufsache	43
III. Einzelbeispiele	44
1. Maschinen	45
2. Neuwagen	46
3. Gebrauchtwagen	53
IV. Eignung zur gewöhnlichen Verwendung – § 434 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BGB	57
1. Gewöhnliche Verwendung	58
a) Üblichkeit – gewöhnliche Verwendung	59
b) Erwartungen des Käufers	61
aa) Gebrauchte Sachen/Gebrauchtwagen	62
bb) Pferde	64

Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Vertragliche Haftung

	R.n.
c) Erfordernis der Sicherheit nach § 3 ProdSG	65
d) Verpackungs- Etikettiermängel	66
e) Erneut: Verdacht eines Mangels	68
V. Öffentliche Äußerung des Verkäufers, Herstellers oder seines Gehilfen –	
Werbeaussagen: § 434 Abs. 1 Satz 3 BGB	69
1. Öffentliche Erklärung – Werbung: Motiv für den Kaufentscheid	69
2. Umfassende Geltung	71
3. Verkäufer/Hersteller, Gehilfe	72
4. Öffentliche Äußerungen, Werbung, Kennzeichnung der Sache	75
5. Bestimmte Eigenschaften der Sache	76
6. Perspektive des Käufers	78
7. Ausschlussstatbestände – § 434 Abs. 1 Satz 3 a. E. BGB	79
8. Berichtigung falscher Aussagen	82
VI. Vereinbarte Montage – Montageanleitung – § 434 Abs. 2 BGB	84
1. Vereinbarte Montage – Unsachgemäße Ausführung	84
a) Begriffliches	84
b) Montagefehler	86
2. Mangelhafte Montageanleitung – § 434 Abs. 2 Satz 2 BGB	87
3. Mangelhaftigkeit	88
a) Durchschnittskunde – Fachmann	88
b) Sprache	90
c) Fehlen der Montageanleitung	91
d) Fehlerfreie Montage	92
4. Bedienungsanleitungen – Gebrauchsanleitungen etc.	93
5. Kausalität	94
VII. Zuwenig- und Falsch-Lieferung	95
1. Tilgungsbestimmung – Erfüllungswille	96
2. Gattungskauf	99
3. Stückkauf	101
4. Zuwenig-Lieferung	104
5. Zuviel-Lieferung	107
VIII. Maßgebender Zeitpunkt, Gefahrenübergang	108
1. Grundaussage	108
2. Früher auftretende Mängel	111
3. Später entfallende Mängel	113
4. Haltbarkeitsgarantie	114
5. Fehlerhafte Verpackung, Adressierung etc.	115
IX. Verteilung der Beweislast	116
1. Standpunkt der Judikatur	117
a) Grundaussage	117
b) AGB-Regeln	118
2. Schuldhaftige Beweisvereitelung	119
3. Sonderregel des § 476 BGB	121
X. Anwendungsbereich von § 651 BGB	122
1. Ausgangspunkt	122
2. Rechtsfolgen	125

§ 2. Der Fehler – der Mangel: Werkvertragsrecht

I. Werkvertragliche Verschaffungspflicht	1
1. Erfolgsbezogene Pflicht	1
2. Sachmangel	2

1. Teil. Vertragliche Haftung

Inhaltsverzeichnis

	R.n.
a) Fehlen der vereinbarten Beschaffenheit – § 633 Abs. 2 Satz 1 BGB	2
b) Stillschweigende Beschaffenheitsvereinbarung: Anerkannte Regeln der Technik: Mindeststandard	3
c) Lückenhafte Beschaffenheitsvereinbarung	6
II. Vorausgesetzter Gebrauch – § 633 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 BGB	12
III. Gewöhnlicher Verwendungszweck – § 632 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 BGB	14
IV. Beschaffenheitsgarantie	15
V. Herstellung eines anderen Werks – Herstellung eines Werks in zu geringer Menge – § 633 Abs. 2 Satz 2 BGB	16
1. Aliud-Werk	16
2. Mengenfehler	17
VI. Maßgebender Abnahme-Zeitpunkt – § 640 BGB	18
1. Billigung des Werks	19
2. Ausdrückliche – stillschweigende Abnahmeerklärung	21
a) Unwesentliche Mängel	21
b) Einzelfälle einer stillschweigenden Abnahme	22
aa) Vorbehaltlose Bezahlung	22
bb) Ingebrauchnahme	23
3. Rechtsfolgen der Abnahme	24
4. Beweislast	26
5. Organisationsmängel	28
a) Gleichstellungsargument	28
b) Begrenzte Erfüllungsgehilfenschaft	31
c) Verjährungsfrist: §§ 195, 199 BGB	32

§ 3. Garantieübernahme beim Kauf- und Werkvertrag

I. Grundtatbestand – § 276 Abs. 1 BGB	1
1. Allgemeine Erwägungen	1
2. Verbot der Haftungsfreizeichnung – Haftungsbegrenzung	5
3. Garantieübernahme – außerhalb der §§ 443, 444, 639 BGB	6
a) Allgemeine Grundsätze	6
b) AGB-rechtliche Grundsätze	8
II. Selbständige – unselbständige Garantie	11
1. Selbständiger Garantievertrag	12
a) Grundsätzliches	12
b) Beispielfälle	13
c) Abgrenzung gegenüber der Beschaffenheitsgarantie	15
d) Haltbarkeitsgarantie	16
2. Unselbständige Garantie	18
3. Werkvertrag – § 639 BGB	19
III. Begründung einer Verkäufergarantie	20
1. Zustandekommen des Vertrages	20
a) Allgemeines	20
b) Bei einem selbständigen Garantievertrag	22
c) Schriftform	23
2. Umschreibung des „Garantiefalls“	24
3. Rechte des Käufers aufgrund des „Garantiefalls“	29
a) Nachbesserung/Mangelbeseitigung	29
b) Schadensersatzansprüche	30
c) Rückgriff auf die §§ 280 ff. BGB	33
IV. Herstellergarantie	34

Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Vertragliche Haftung

	R.n.
1. Zustandekommen des Vertrages	34
2. Herstellergarantie als Vertrag zugunsten Dritter – § 328 BGB	35
3. „Garantiefall“	36
4. Beschaffenheitsgarantie – gesetzliche Mängelrechte	37
a) Verbrauchsgüterkauf – § 477 BGB	38
b) Hinweis auf die gesetzlichen Rechte	41
c) Wesentliche Angaben für die Geltendmachung der Ansprüche aus der Garantie	42
d) Mitteilungen in Textform	45
e) Wirksambleiben der Garantieverpflichtungen	46
f) Garantieverprechen gemäß § 443 Abs. 1 BGB – außerhalb des § 477 BGB ...	47
V. Beweislast	49
VI. Verletzung des Garantieverprechens	52
1. Anspruchsgrundlage	52
2. Herstellergarantie – Verkäuferhaftung	53
VII. Wirksamkeit der Garantie: Haftung wegen Verschuldens bei Vertragsabschluss	54
VIII. Unternehmerischer Verkehr	56
IX. Beschaffenheitsgarantie – Einzelfälle	58
1. Bezugnahme auf technische Regelwerke (DIN)	58
2. Prüfzeugnisse, Zertifikate	60
3. Besonderer Verwendungszweck – Stillschweigende Garantievereinbarung	61
4. Inanspruchnahme besonderen Vertrauens	63
5. Bestehen einer Verkehrssitte oder eines Handelsbrauchs	65
6. Kauf nach Probe oder Muster	66
X. Umfang der jeweiligen Schadensersatzhaftung	67
1. Frühere Judikatur	67
2. Neue Rechtslage	68
XI. Haftungsbegrenzende Vereinbarungen	71
1. Grundsätzliche Feststellungen	72
2. Beschaffenheitsgarantie – Haftungsausschluss	73
3. Gängige Vertragsklauseln	75
4. Haftungshöchstgrenzen	78
a) Individualvereinbarung	79
b) AGB-Klauseln	80

§ 4. Untersuchungs- und Rügepflichten

I. Obliegenheit – § 377 HGB	1
1. Anwendungsbereich	1
2. Keine Anwendung	2
a) Unselbständige Beschaffenheitsgarantie	2
b) Haltbarkeitsgarantie	4
c) Deliktische Ansprüche	5
II. Begriff des Handelsgeschäfts	6
III. Voraussetzungen der Rügeobliegenheit	8
1. Ablieferung der gekauften Ware	8
a) Begriff	8
aa) Teillieferung	9
bb) Werklieferungsvertrag	10
cc) Gemeinsamkeiten	11
b) Ablieferung an anderen Plätzen	12
aa) Holschuld	12
bb) Bringschuld	13
cc) Versendungskauf	14

1. Teil. Vertragliche Haftung

Inhaltsverzeichnis

	R.n.
dd) Streckengeschäft	15
ee) Handelsklauseln	16
ff) Ersatzlieferung	17
2. Mangel – Falschlieferung – Quantitätsmangel	18
a) Mangelhaftigkeit der Kaufsache	18
aa) Sachmangel – Rechtsmangel	18
bb) Beschränkende Antwort	19
b) Sachmangel – § 434 BGB	20
c) Falschlieferung	21
d) Minderlieferung	24
e) Zuviellieferung	25
IV. Untersuchungsobliegenheit	26
1. Umfang und Methoden der geschuldeten Untersuchung	27
a) Ort der Untersuchung	27
b) Vertragliche Vereinbarungen	28
c) Bestehen eines Handelsbrauchs	29
d) Generelle Kriterien	31
e) Ingebrauchnahme der Sache	34
f) Erfordernis ausreichender Sachkenntnis	36
2. Ordnungsgemäßheit der Untersuchung, soweit tunlich	37
3. Beispielhafte Einzelfälle	38
a) Lebensmittel	38
b) Maschinen	39
c) Massenwaren	40
4. Produkthaftungsrechtliche Sonderfragen	41
a) CE-Zeichen	41
b) Just-In-Time Delivery	43
c) Qualitätssicherungsvereinbarungen	44
d) Beschaffenheitsgarantie	45
e) Probelieferungen – Lieferung nach Muster	46
f) Serienlieferung – Vertrauenstatbestand?	48
5. Unverzüglichkeit der Untersuchung	49
a) Fristbeginn – Dauer	50
aa) Beginn – Ablieferung	50
bb) Keine absoluten Richtwerte	51
cc) Fristverlängerungen	52
b) Beispielhafte Rechtsprechungsergebnisse	55
V. Anzeige des Mangels	56
1. Funktion – Zweck	56
2. Rechtzeitigkeit	58
a) Offene Mängel	59
b) Versteckte Mängel	61
aa) Genehmigungsfiktion	61
bb) Fristbeginn	62
c) Fristdauer	63
aa) Generell	63
bb) Streckengeschäft	64
3. Substantiierungspflicht	65
a) Allgemein	65
b) Nur beschränktes Recht zum Nachschieben von Gründen	68
c) Bei Nacherfüllung, vor allem bei Ersatzlieferung	70
VI. Form der Mängelanzeige	71
VII. Verzögerungsgefahr § 377 Abs. 4 HGB	73

Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Vertragliche Haftung

	R.n.
VIII. Rechtsfolge – Insbesondere Genehmigungsfiktion des § 377 Abs. 2 HGB	75
1. Rechtsverlust des Käufers	76
a) Konkreter Rechtsverlust	77
b) Ansprüche wegen Verletzung von Nebenpflichten (§§ 241 Abs. 3, 280 Abs. 1 BGB)	78
c) Rechtsprechungsbeispiele	79
aa) Kurze Übersicht	79
bb) Bedenken	80
cc) Eigene Auffassung	81
d) Beschaffenhheitsgarantie	84
e) Deliktische Ansprüche	87
f) Verletzung von Aufklärungspflichten	89
IX. Verteilung der Beweislast	91
X. Vertragliche Abänderungen der Untersuchungs- und Rügeobliegenheiten	92
1. Individualvereinbarungen	93
2. Verkaufs- und Einkaufsbedingungen	94
a) Verkaufs-AGB	95
aa) Gegenüber einem Kaufmann	95
bb) Gegenüber einem Verbraucher	98
b) Einkaufs-AGB	99
aa) Interessenlage	99
bb) Ausgestaltung	100
c) Haltbarkeitsgarantien – Rügefristen	104
3. Stillschweigender Verzicht auf Einhaltung der Rügeobliegenheit	105
XI. Vorliegen von Arglist	106

§ 5. Arglist – Wissenszurechnung: § 166 BGB analog

I. Tatbestand der Arglist	2
1. Bestehen einer Aufklärungspflicht	3
a) Beantwortung von Fragen	4
b) Bestehen erheblicher Risiken	5
2. Wissenserklärungen	6
II. Wissenszurechnung	7
1. Allgemeine Grundsätze – § 166 BGB analog	7
a) Bestehen einer Organisationspflicht	7
b) Gleichstellungsargument	9
c) Relevanz der Umstände des Einzelfalls	11
2. Wissenszusammenrechnung	13
3. Vergessen – Löschen der Informationen	14
a) Dogmatisches Fundament	15
b) Praktische Konsequenzen	17
aa) Originäre Organisationspflicht	17
bb) Objektiver Sorgfaltsmaßstab	18
cc) Mitarbeiter – § 278 BGB	19
dd) Leichte Fahrlässigkeit – Verletzung der Organisationspflicht	20
4. Parallele zur Organisationspflicht beim Werkvertragsrecht	21
III. Rechtsfolgen	24
1. Haftungsausschluss	24
2. Unzumutbarkeit des Nacherfüllungsverlangens	25
3. Schadensersatz	26
a) Grundsätzlicher Vorrang der §§ 434 ff., 633 ff. BGB	
b) Ausnahme: Arglist – Vorsatz	27

§ 6. Nacherfüllung im Kaufrecht	R.n.
I. Inhalt des Nacherfüllungsanspruchs	1
II. Voraussetzungen	3
1. Berechtigtes – Unberechtigtes Nacherfüllungsverlangen	3
a) Darlegungs- und Beweislast – Obliegenheit des Käufers	3
b) Fälligkeit – Einrede des nicht erfüllten Vertrages	6
c) Erfüllungsort	7
2. Fristerfordernis	8
a) Grundsätzliche Erwägungen	8
b) Verwendung von AGB-Klauseln	10
aa) Gegenüber einem Verbraucher	10
bb) Unternehmerischer Verkehr	11
III. Umfang der Nacherfüllung	12
1. Aufwendungen	13
2. Umfang der geschuldeten Aufwendungen	14
a) Mangelentdeckung – Mangeluntersuchung	15
b) Aus- und Einbaukosten	15 a
aa) Verbrauchsgüterkauf	15 b
bb) Reichweite des Urteils	15 c
cc) Unternehmerischer Verkehr	16
dd) Weiterführende Gesichtspunkte	17
ee) Ausbaukosten	18
ff) Ergänzende Bemerkungen: Einbaukosten	19
c) Eigene Auffassung	21
d) Weiterfressender Schaden	23
e) Erhöhte Aufwendungen	25
f) Wertverbesserungen	26
g) Eigene Aufwendungen des Käufers	27
3. Ersatzlieferung – Gattungsschuld – Stückschuld	29
a) Meinungsstand	29
b) Gattungskauf	31
c) Rückgabe der mangelhaften Sache – Nutzungsersatz	32
aa) Ausgangspunkt	32
bb) Ausbaukosten	33
cc) Nutzungsersatz	34
dd) Verbrauchsgüterkauf	36
4. Wahlrecht des Käufers	38
a) Verbrauchsgüterkauf	39
b) Unternehmerischer Verkehr	40
IV. Ausschluss des Nacherfüllungsanspruchs	41
1. Unmöglichkeit	42
a) Unbehebbarer Mangel	43
b) Gattungsschulden – Stückschulden	44
2. Leistungsverweigerungsrecht des Verkäufers	46
a) Empfangsbedürftige Willenserklärungen	47
b) Unverhältnismäßige Kosten	48
aa) Absolute Unverhältnismäßigkeit – Verbrauchsgüterkauf	49
bb) Absolute Unverhältnismäßigkeit – unternehmerischer Verkehr	49 a
cc) Dogmatisch-praktische Ansatzpunkte	49 b
dd) Relative Unverhältnismäßigkeit	52
ee) Interessen des Käufers	53
ff) Nachteil des Käufers bei der anderen Art der Nacherfüllung	54
gg) Richtwerte	56

Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Vertragliche Haftung

	Rn.
c) Darlegungs- und Beweislast	57
d) Ausschluss beider Arten der Nacherfüllung	58
3. Rechtsfolgen	59
V. Mangelhafte Nacherfüllung	60
VI. Abdingbarkeit	61
1. Verbrauchsgüterkauf	61
2. Gegenüber einem Unternehmer	62
3. Lieferregress – §§ 478, 479 BGB	63

§ 7. Nacherfüllung im Werkvertragsrecht

I. Grundsätzliche Parallele zu § 439 BGB	1
II. Nacherfüllungsverlangen – § 634 Nr. 1 BGB	2
III. Inhalt des Anspruchs – § 635 Abs. 1 BGB	3
IV. Mangelbeseitigungsaufwendungen – § 635 Abs. 2 BGB	4
1. Aus- und Einbaukosten	4
2. Sowieso – Kosten	7
V. Ausschluss des Anspruchs auf Nacherfüllung	8
1. Alternative Konstellation	9
a) Unmöglichkeit	10
b) Verweigerungsrecht des Unternehmers	11
c) unverhältnismäßige Kosten	13
VI. Rechtsfolgen	14
VII. Rückgabe des Werks – Neuerstellungspflicht des Unternehmers	18
VIII. Selbstvornahme durch den Besteller	20
1. Voraussetzungen	21
a) Grundsätzliche Anforderungen	22
b) Entbehrlichkeit der Fristsetzung	25
c) Besondere Unzuverlässigkeit des Unternehmers	27
2. Konsequenzen des Fristablaufs	28
a) Generelle Erwägungen	28
b) Verzug	29
3. Anspruch auf Aufwendungsersatz	30
4. Anspruch auf Vorschuss	31
5. Darlegungs- und Beweislast	33
6. Unberechtigte Selbstvornahme	34

§ 8. Fehlschlagen der Nacherfüllung

I. Gesetzliche Ausgangslage	1
1. Im Kaufrecht	1
2. Im Werkvertragsrecht	2
3. Europarechtliche Vorgaben	3
II. Fehlschlagen der Nacherfüllung	4
1. Bisherige BGH-Judikatur	4
2. Unzumutbarkeit der Nacherfüllung – § 440 Satz 1 BGB	6
3. Unzumutbarkeit – § 636 BGB	8
III. Fehlschlagen des zweiten Versuchs der Nacherfüllung	9
1. Im Kaufrecht	9
2. Verweigerung beider Arten der Nacherfüllung	12
3. Werkvertrag	13
IV. Rechtsfolgen	14
1. Kaufrecht	14
2. Werkvertrag	15

1. Teil. Vertragliche Haftung

Inhaltsverzeichnis

	R.n.
V. Klauselkontrolle	16
1. Rücktritt – Minderung	17
2. Schadensersatz statt der Leistung	18
3. Verletzungen der Nacherfüllungspflicht	21
 § 9. Schadensersatzansprüche	
I. Pflichtverletzungen – § 437 Nr. 3 BGB	3
1. Unbehebbarer Mangel	4
2. Behebbarer Mangel – Nutzungsausfallschaden	5
a) Vorlieferant – kein Erfüllungsgehilfe gemäß § 278 BGB	6
b) Verkäufer als Hersteller	8
c) Werkvertragsrecht	10
II. Sonstige Schäden – §§ 637 Nr. 3, 634 Nr. 4 BGB in Verbindung mit § 280	
Abs. 1 BGB	11
1. Schäden an anderen Gütern des Käufers/Bestellers	12
2. Aus- und Einbaukosten	13
3. Gutachterkosten	14
4. Rechtsverfolgungskosten	15
5. Gewährleistungsansprüche in der Kette	16
III. Verspätungsschäden	17
1. Voraussetzungen	17
2. Versäumung der Nacherfüllungsfrist	18
3. Fehlschlagen der Nacherfüllung	19
IV. Schadensersatzanspruch statt der Leistung – § 281 BGB	21
1. Mangelhafte Lieferung – Pflichtverletzung des Verkäufers/Werkunternehmers	22
2. Vertretenmüssen	23
a) Allgemein	23
b) Untersuchungspflichten	25
aa) Verkäufer/Händler – Beispiel: Gebrauchtwagenhändler	26
bb) Parallele zur Produkthaftung	28
cc) Untersuchungspflicht des Herstellers	29
3. Erfolgreicher Ablauf einer angemessenen Frist	30
a) Grundsatz	30
b) Entbehrlichkeit der Fristsetzung	31
4. Schadensersatz statt der Leistung – Verletzung der Nacherfüllungspflicht	33
a) Anspruchsgrundlage	34
b) Bestehen und Fälligkeit des Anspruchs	35
c) Fristsetzung – Entbehrlichkeit der Frist	36
V. Übernahme einer Beschaffenheitsgarantie	37
1. Anspruchsgrundlage §§ 437 Nr. 3, 634 Nr. 4 BGB	37
2. Selbständige Garantie	38
3. Haftungsgrenzen: §§ 444, 639 BGB	39
VI. Umfang des Schadensersatzes statt der Leistung	40
1. Einzelne Schadensersatzpositionen	41
2. Weiterfressender Schaden	42
VII. Berechnungsmethode: Großer oder kleiner Schadensersatzanspruch	44
1. Unerhebliche Pflichtverletzung	44
2. Kleiner Schadensersatzanspruch	45
a) Einzelheiten	45
b) Wahlrecht des Käufers/Bestellers	46

Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Vertragliche Haftung

	Rn.
3. Großer Schadensersatzanspruch	47
a) Gegenleistung noch nicht erbracht	49
b) Gegenleistung bereits erbracht	50
c) Konkrete Schadensberechnung	51
aa) Deckungskauf	52
bb) Garantiezusage	53
cc) Berechnung aufgrund des Weiterveräußerungsgewinns	54
dd) Nutzlos gewordene Aufwendungen	55
ee) Maßgebender Zeitpunkt	56
d) Abstrakte Schadensberechnung	57
aa) Grundsätzlicher Ausgangspunkt	57
bb) Schadensschätzung	58
cc) Berechnungsmodalitäten	59
dd) Zeitpunkt	61
VIII. Ersatz vergeblicher Aufwendungen – § 284 BGB	62
1. Schadensersatzanspruch	63
2. Aufwendungen	64
a) Keine Rentabilitätsvermutung	64
b) Erforderliches Vertrauen	65
3. Darlegungs- und Beweislast	67
IX. Teilleistungen	68
X. Abdingbarkeit	69

§ 10. Verjährung

I. Erfasste Ansprüche – § 438 BGB	1
II. Nicht erfasste Ansprüche	2
1. Deliktische Ansprüche	2
2. Beschaffheitsgarantie	3
3. Pflichtverletzungen gemäß §§ 241 Abs. 2, 280 Abs. 1 BGB	5
4. Schadensersatzansprüche wegen Verschuldens bei Vertragsabschluss	6
III. Fünfjährige Verjährungsfrist – § 438 Abs. 1 Nr. 2 BGB	7
1. Mängel an Bauwerken	8
2. Baumaterialien	9
a) Zweck der Regelung	9
b) Notwendigkeit einer kausalen Verknüpfung	10
c) Übliche Verwendungsweise	11
IV. Zweijährige Verjährungsfrist – § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB	13
V. Verjährungsbeginn	14
VI. Gebrauchte Sachen – § 475 Abs. 2 BGB	16
1. Allgemeines Definitionsmuster	17
2. Spezielles Problem: Tiere	19
3. Unwirksamkeit einer gegenläufigen Vereinbarung	21
VII. Arglistiges Verschweigen des Mangels	23
VIII. Hemmung der Verjährung	24
1. Voraussetzungen	25
2. Mängelrüge – Prüfung der Mängelursache	26
a) Ausgangspunkt	26
b) Einschlagen von Verhandlungen	28
c) Ende der Hemmung	30
d) Erstreckung auf das Kaufrecht	31

1. Teil. Vertragliche Haftung

Inhaltsverzeichnis

	R.n.
e) Verjährungs- und Verzichtvereinbarung	32
f) Kulanz – Anerkenntnis	33
3. Ablaufhemmung	34
IX. Werkvertragliche Verjährung	35
1. Erfasste Ansprüche	36
2. Allgemeine Verjährungsregeln der §§ 195, 199 BGB	38
a) Verletzung einer Nebenpflicht	38
b) Ansprüche wegen Verschuldens bei Vertragsabschluss	39
c) Ansprüche wegen Leistungsstörung	40
d) Deliktsrechtliche Ansprüche	41
e) Beschaffenheitsgarantie	42
3. Zwei-Jahresfrist – § 634 a Abs. 1 Nr. 1 BGB	43
a) Sachen	43
b) Planungs- und Überwachungsleistung	46
4. Fünfjährige Verjährung – § 634 a Abs. 1 Nr. 2 BGB	47
a) Bauwerk	47
b) Planungs- und Überwachungsleistungen	50
5. Regelmäßige Verjährung – § 634 a Abs. 1 Nr. 3 BGB	51
6. Verjährungsbeginn	53
7. Arglistiges Verschweigen des Mangels	56
X. Haltbarkeitsgarantien	57
1. Inhalt des Garantieverprechens	57
a) Beginn des Haftungszeitpunkts	57
b) Selbständiger – unselbständiger Garantievertrag	58
2. Verjährung des Garantieanspruchs	59
a) Frühere Rechtslage	59
b) Nach gegenwärtiger Rechtslage	60
aa) Vereinbarung einer Frist	60
bb) Keine Vereinbarung einer Frist	62
3. Beweislastfragen	63
XI. Abdingbarkeit	66
1. Verkaufs-AGB	67
2. Verbotstatbestand von § 309 Nr. 8 b ff BGB	70
3. Unternehmerischer Verkehr	73
4. Einkaufs-AGB	74
XII. Verjährung von Rückgriffsansprüchen – Lieferregress	75
1. Verjährung des Aufwandsersatzanspruchs	76
a) Anwendungsbereich	77
b) Verjährung der Aufwendungs- und Ersatzansprüche	79
2. Ablaufhemmung	82
3. Lieferkette	85
4. Abweichende Vereinbarungen	86

§ 11. Verletzung von Nebenpflichten

I. Grundaussage	1
II. Pflichtverletzung	3
1. Grundlage: Schuldverhältnis	4
a) Abgrenzung zu Hauptleistungspflichten	4
b) Schutz des Integritätsinteresses	5
c) Verhaltenspflichten – leistungsbezogene Nebenpflichten	6
d) Selbständige – unselbständige Nebenpflichten	7

Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Vertragliche Haftung

	Rn.
III. Abgrenzung gegenüber der Sachmängelhaftung	9
1. Im Bereich des Kaufrechts	9
2. Im Bereich des Werkvertragsrechts	11
IV. Nebenpflichten – Kaufvertragsrecht	13
1. Leistungs- oder verhaltensbezogene Nebenpflichten § 241 Abs. 2 BGB	13
a) Beratungs- und Instruktionspflichten – ausdrückliche Vereinbarung: Beratungsvertrag	14
b) Stillschweigend geschlossener Beratungsvertrag	15
aa) Widerstreitende Interessen	16
bb) Beispielhafte neue Rechtsprechung	17
cc) Bestehen besonderer Sachkunde: Indiz für das Vorliegen eines Beratungsvertrages	18
c) Beratungspflicht – Nebenpflicht § 241 Abs. 2 BGB	20
d) Keine Pflichtverletzung – Hinweis auf das Fehlen einer Beschaffenheit	21
2. Aufklärungs- und Hinweispflichten	22
3. Serviceleistungen	23
4. Untersuchungspflichten	25
a) Verkäufer als Hersteller	26
b) Verkäufer als Händler	27
c) Bestehen einer entsprechenden Verkehrsübung	28
d) Verdacht auf Serienschäden	29
V. Verletzung von Nebenpflichten – Werkvertrag	30
1. Vereinbarte Nebenpflichten	30
2. Nebenpflichten: Auslegung gemäß §§ 133, 157 BGB	32
3. Prüf- und Beratungspflichten	33
a) Grundaussage	33
b) Grenzen	35
4. Fürsorgepflichten	36
a) Grundaussage	36
b) Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	37
c) Beispiele	38
VI. Darlegungs- und Beweislast – Schadensersatzansprüche des Käufers/Bestellers	39
1. Im Rahmen eines Kauf- oder Werkvertrages	40
a) Lieferung einer mangelhaften Sache	40
b) Beweislastverteilung nach Gefahren- und Verantwortungsbereichen	41
c) Verletzung von Aufklärungs- und Beratungspflichten	42
2. Nachweis der Kausalität	43
3. Nachweis fehlenden Verschuldens	45
a) Grundaussage	45
b) Erstreckung auf Dritte	46
c) Nachweis fehlender Kausalität	47
d) Keine allzu strengen Anforderungen	48
e) Praktisches Ergebnis	49
VII. Abdingbarkeit	50

§ 12. Verschulden bei Vertragsschluss

I. Abgrenzung gegenüber der Mängelhaftung	2
1. Frühere Rechtslage	2
2. Rechtslage aufgrund der Schuldrechtsmodernisierung	3
3. Verletzung von Beratungspflichten	6
II. Verletzung von Aufklärungspflichten	9

1. Teil. Vertragliche Haftung

Inhaltsverzeichnis

	R.n.
1. Grundsatz	9
2. Gefahrenträchtiges Produkt	10
3. Gefährdung/Vereitelung des Vertragszwecks	12
III. Schadensersatzsanktion	15
1. Ersatz des Vertrauensschadens	15
a) Kein Anspruch auf Anpassung des Vertrages	16
b) Einzelheiten des Vertrauensschadens	17
2. Ersatz des Erfüllungsinteresses	18
IV. Darlegungs- und Beweislast	19
V. Abdingbarkeit	20

§ 13. Besonderheiten des Verbrauchsgüterkaufs

I. Vereinbarungen zum Nachteil des Verbrauchers	2
1. Nachteilige Vereinbarung	3
2. Negative Beschaffenheitsvereinbarung	4
a) Risiko verborgener Mängel	6
b) Konsequenzen	7
II. Beweislastumkehr/Beweisvermutung – § 476 BGB	8
1. Grundaussage	9
2. Beweislast des Verkäufers – Widerlegung der Vermutung	12
3. Ausnahmen	13
a) Art der Sache	15
b) Art des Mangels	16
III. Umgehung	18
1. Begriffliches	19
2. Rechtsfolgen	21
IV. Gleichwertiger Ausgleich – Lieferantenregress	22
1. Pauschale Abrechnungssysteme	23
2. Einzelheiten	24
3. Umgehungsverbot	30

§ 14. – Individualvertrag – § 305 Abs. 1 Satz 3 BGB

I. Vorbemerkungen	1
II. Tatbestandselemente von § 305 Abs. 1 Satz 1 BGB	2
1. Merkmal des Stellens	2
2. Vielzahl	5
3. Aushandeln	7
a) Grundsatz der BGH-Judikatur	7
b) Unveränderte Übernahme vorformulierter Klauseln	9
c) Aussichten in der Literatur	10
d) Stellungnahme	12
e) Reichweite des Aushandelns	13
f) „Tarifwahl“	14
4. Darlegungs- und Beweislast	15
III. Individualabrede – § 310 Abs. 3 Nr. 2 BGB	18

§ 15. Einbeziehung von AGB

I. Dogmatische Einordnung von § 305 Abs. 2 BGB	1
II. Ausgewählte Einzelheiten zu § 305 Abs. 2 BGB	2

Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Vertragliche Haftung

	R.n.
1. Ausdrücklicher Hinweis	3
a) Schriftlicher Vertragsabschluss	4
b) Vertragsabschluß im Internet	5
c) Mündlicher Vertragsabschluss	7
d) Fremde Sprache	8
e) Verweisung auf weitere AGB	9
2. Maßgebender Zeitpunkt	10
3. Möglichkeit zumutbarer Kenntnisnahme	13
a) Allgemeines	13
b) Vertragsabschluss im Internet	16
c) Telefonischer Vertragsabschluss	18
d) Sprache	19
III. Beachtung des Transparenzgebots nach § 307 Abs. 1 Satz 2 BGB	20
IV. Einverständnis des Kunden	21
V. Bedeutung des Schweigens eines Verbrauchers	22
1. Schweigen als Ablehnung	22
2. Entgegennahme der Lieferung/Leistung als Anerkennung	23
VI. Relevanz von Schriftformklauseln	24
VII. Bestätigungsklauseln	25
1. Einverständnisklauseln – § 305 Abs. 2 Nr. 2 und § 309 Nr. 12 BGB	26
2. Kenntnisnahmeklauseln – Beweislastverschiebung	27
VIII. Unternehmerischer Bereich	30
1. Geltung der §§ 145 ff.	31
a) Ausdrücklicher Hinweis	32
b) Sonderfall: Laufende Geschäftsbeziehungen	34
c) Nachträgliche Einbeziehung	35
2. Bedeutung des Schweigens im kaufmännischen Bereich	36
3. Kaufmännisches Bestätigungsschreiben	37
4. Einseitige Bestimmung des Vertragsinhalts	40
5. Relevanz des Annahmeverhaltens	41

§ 16. Kollision von Standardbedingungen

I. Erscheinungsform	1
II. Trend der Judikatur	2
1. BGH-Judikatur	2
2. Instanzgerichtliche Entscheidungen	4
3. Trend der Literatur	5
III. Eigene Auffassung	6
1. Kongruenzprinzip: Geltung der AGB	10
2. Kongruenzprinzip: Unwirksamkeit einer AGB-Klausel	13
3. Einseitiger Regelungsgehalt	14
4. Kongruenzen: Eigentumsvorbehalt und Haftungsfreizeichnung	16
5. Konsequenzen: Rügepflicht gemäß § 377 HGB und Verjährungsfrist gemäß §§ 438, 634a BGB	17
6. Ausdrücklicher und gesonderter Widerspruch	18
7. Abwehrklauseln – § 307 Abs. 1 BGB	19
IV. Betreffend die AGB für künftige Verträge	21
1. Gegenüber dem Verbraucher	21

1. Teil. Vertragliche Haftung

Inhaltsverzeichnis

	R.n.
a) Geltung für künftige Geschäfte	21
b) Abschluss zu den „jeweils gültigen“ AGB	22
2. Änderung der AGB bei Dauerschuldverhältnissen	23
a) Hinweispflicht und Fiktionswirkung nach § 308 Nr. 5 BGB	24
b) Neue Rechtsprechung	25
c) Konsequenzen	26
3. Änderungen der AGB im unternehmerischen Bereich	29
a) Hinweispflicht	29
b) Für künftige Verträge	30
c) Geltung der AGB in der „jeweils gültigen Fassung“	31
4. Branchenübliche Verwendung von AGB	32
V. Innerhalb des UN-Kaufrechts	33
1. Einseitige Bezugnahme	33
2. Kollision	34
3. Kaufmännisches Bestätigungsschreiben	35
 § 17. Haftungsfreizeichnungs- und Haftungsbegrenzungs- vereinbarungen	
I. Vorbemerkungen	1
II. Körper- und Gesundheitsschäden	5
III. Schäden an beruflich oder gewerblich genutzten Sachen	7
1. Individualvereinbarung	8
2. Grobes Verschulden – Einfache Fahrlässigkeit	9
3. Haftungsbegrenzungsklauseln	13
IV. Vermögensschäden	14
1. Beschaffenheitsgarantie – §§ 444, 639 BGB	15
2. Arglist	16
3. Mängelhaftung	17
a) Grobes Verschulden – § 309 Nr. 7b	18
b) Einfache Fahrlässigkeit	19
V. Intransparenz des Konzepts der „Kardinalpflicht“	21
VI. Verletzungen von sonstigen Pflichten – §§ 241 Abs. 2, 311 Abs. 2 BGB	22
VII. Haftungsbegrenzung – Ersetzen der Haftung durch Versicherungsschutz	24
VIII. Schriftformklauseln	26
1. Erscheinungsformen	27
2. Vorrangprinzip des Individualvertrages – § 305b BGB	28
a) Wirksamkeit des mündlich Vereinbarten	28
b) Deklaratorische – konstitutive Form	29
c) Aufhebung des Formzwangs	30
d) Qualifizierte Schriftform	31
3. Einfache Schriftformklausel	33
4. Vollständigkeitsklauseln	35
a) Gleichzeitige Abreden	36
b) Nachträgliche Abreden	38
5. Bestätigungsklauseln	41
a) Handeln bevollmächtigter Vertreter	42
b) Beschränkung der Vertretungsmacht	43
c) Anscheins- oder Duldungsvollmacht	44
6. Unternehmerischer Verkehr	45

2. Teil. Deliktische Haftung

A. Einführung

§ 18. Die Entwicklung der deliktsrechtlichen Produkthaftung

§ 19. Grundzüge der deliktsrechtlichen Produkthaftung

§ 20. Bedeutung der deliktsrechtlichen Produkthaftung

Rn.

I. Verhältnis zum Vertragsrecht	2
1. Grundsatz: Anspruchskonkurrenz	2
2. Verdrängung des Deliktsrechts bei Schäden am Produkt oder Werk?	3
a) Verhältnis zum Kaufrecht	3
b) Verhältnis zum Werkmängelrecht	6
3. Verdrängung des Deliktsrechts bei Schäden mangels Produktrückrufs?	8
II. Verhältnis zum Produkthaftungsrecht	9
1. Überlegenheit des deutschen Deliktsrechts	11
2. Beeinflussung des Deliktsrechts durch EG-Richtlinie bzw. Produkthaftungsge- setz?	21

B. Haftung nach § 823 Abs. 1 BGB

§ 21 Geschützte Rechtsgüter

I. Leben	1
II. Körper	2
III. Gesundheit	5
1. Allgemeines	5
2. Schädigung des Embryos	8
3. Unwirksamkeit von Arznei-, Verhütungs-, medizinischen Hilfsmitteln und Si- cherheitstechnik	9
IV. Freiheit	11
V. Eigentum	12
1. Allgemeines	12
2. Bewusste Selbstverletzung des Geschädigten	19
a) Keine Haftung für sinnlose Vermögensdispositionen	19
b) Zur Haftung für Reaktionen auf Produktversagen	22
3. Schäden am fehlerhaften Gesamtprodukt	25
a) Der Produktfehler	26
b) Über den Produktfehler hinausgehende Schäden	27
aa) Die Schwimmerschalter-Rechtsprechung: Ersatzpflicht	28
bb) Kritik	33
cc) Die Haftung für Produktverschlechterungen in der Praxis	50
dd) Rückruffpflicht bei drohender Produktverschlechterung?	69
ee) Werkunternehmer-Haftung für Werkverschlechterungen und -schäden ...	72
4. Schäden durch unwirksame Produkte	84
5. Deliktische Haftung für Produktionsschäden	90
a) Prinzipielle Bedenken	91
b) Die Haftung in der Praxis	99
aa) Verbindung	104
bb) Vermischung	120
cc) Verarbeitung	123

	R.n.
VI. Sonstige Rechte	127
1. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	128
2. Dingliche Rechte	129
3. Besitz	132
4. Eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb	135
5. Kein Vermögensschutz	138
 § 22. Rechtsgutsverletzung	
I. Haftungsbegründendes Verhalten	2
1. Handlungen und Unterlassungen	2
2. Verkehrspflichtverletzung	4
II. Haftungsbegründende Kausalität	5
1. Allgemeines	5
2. Kumulative und alternative Kausalität	7
3. Hypothetische Kausalität	16
III. Zurechnungsprobleme	17
1. Schutzzweck der Norm	18
2. Unterbrechung des Kausalzusammenhangs: Handeln auf eigene Gefahr	24
3. Rechtmäßiges Alternativverhalten	33
 § 23. Rechtswidrigkeit	
I. Allgemeines	1
II. Verkehrspflicht	6
1. Herleitung und Zuordnung	6
2. Ermittlung und Umfang	10
a) Erforderlichkeit	14
b) Zumutbarkeit	15
 § 24. Verkehrspflichten im Bereich der Warenherstellung	
I. Anknüpfung	1
1. Erwartungshorizont der Verkehrsteilnehmer	3
a) Durchschnittliche Erwartung	4
b) Individuelle Erwartung	15
2. Technische Standards	16
a) Stand der Technik, allgemein anerkannte Regeln der Technik, Stand von Wissenschaft und Technik	17
aa) Abgrenzung der technischen Standards	18
bb) Bedeutung der technischen Standards für die Verkehrspflichten	19
b) Technische Regelwerke	40
aa) Arten der Regelwerke	41
bb) Bedeutung der Regelwerke für die Verkehrspflicht	42
c) Öffentlich-rechtliches Sicherheitsrecht und Verkehrspflicht	48
aa) Öffentlichrechtliche Vorgaben zur Produktsicherheit	48
bb) Bezug des Sicherheitsrechts auf Regelwerke	50
3. Ökonomische Grenzen des Sicherheitsaufwands	54
a) Relation von Preis und Qualität	55
b) Betriebswirtschaftliche Zwänge	56
aa) Zunehmende rechtliche Anerkennung	56
bb) Bewertung	58
c) Konsequenzen für geplante Produktion	59
dd) Konsequenzen bei Fortschritt von Wissenschaft und Technik	63
c) Unternehmensgröße	68

Inhaltsverzeichnis

2. Teil. Deliktische Haftung

	R.n.
II. Typische Pflichtenbereiche	69
1. Konstruktion	71
a) Allgemeines	71
b) Bestimmungsgemäßer und bestimmungswidriger Gebrauch	72
aa) Bestimmungsgemäßer Gebrauch	73
bb) Bestimmungswidriger Gebrauch	88
c) Entwicklungsfehler	103
aa) Nicht erkennbare Gefahren	104
bb) Unmöglichkeit der Gefahrbeseitigung	107
cc) Natürliche Risiken der Genussmittel und Suchstoffe	112
d) Anpassungsermessen bei Wandel des Gefahrenbewusstseins	120
e) Typenzulassung und Genehmigung einer Konstruktion	123
f) Abwendung eines Konstruktionsfehlers durch Instruktion	127
g) Einzelpflichten	131
aa) Materialwahl	131
bb) Materialdimensionierung	144
cc) Materialbearbeitung und -anordnung	145
dd) Materialverbindung	155
ee) Mechanik	157
ff) Verpackung	162
gg) Identitätssicherung	169
hh) Herstellung von Druckwerken	170
ii) Herstellung von Software	171
jj) Fahrassistentensysteme	176
2. Fabrikation	177
a) Allgemeines	177
b) Die Ausreißer-Problematik	178
c) Pflichtenbereiche	181
aa) Auswahl von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Zwischenprodukten	181
bb) Sicherheit der Fabrikationsanlage	188
cc) Kontrolle des Fabrikationsverfahrens	193
dd) Qualitätskontrolle	194
ee) Beschriftung und Verpackung des Produkts	202
d) Fehlerquellen	203
e) Mittel der Qualitätskontrolle	204
aa) Kontrollsystem	204
bb) Sichtprüfung	205
cc) Manuelle Messung	206
dd) Akustische Prüfung	207
ee) Mechanische Prüfung	208
ff) Mess- und Laborautomaten	210
gg) Ultraschall-Prüfung	211
hh) Magnetische Flutung	212
ii) Röntgenologische Prüfung	213
jj) UV- und Laserstrahl-Prüfung	214
kk) Prüfung der Prüfmittel	215
3. Instruktion	217
a) Allgemeines	217
b) Hinweis- und Warnpflichten bei Inverkehrbringen	222
aa) Aufklärung über Gefahren bei bestimmungsgemäßigem Gebrauch	223
bb) Aufklärung über Gefahren bei bestimmungswidrigem Gebrauch	288
c) Hinweis- und Warnpflichten nach Inverkehrbringen des Produkts	309
aa) Allgemeines	309
bb) Vorphlichten	311

	R.n.
cc) Die Entscheidung über eine Reaktion	313
dd) Art und Umfang der Warnung	318
4. Rückruf	326
a) Allgemeines	326
aa) Zweck des Rückrufs	326
bb) Grundlagen der Rückrufpflicht	328
b) Verkehrspflicht zum Rückruf	330
aa) Allgemeines	330
bb) Meinungsstand	331
cc) Stellungnahme	340
c) Behördliche Anordnung eines Rückrufs	365
d) Durchführung des Rückrufs	367
5. Produktbeobachtung	372
a) Allgemeines	372
b) Gegenstand der Beobachtungspflicht	375
c) Beginn der Beobachtungspflicht	376
d) Art und Umfang	377
aa) System und Verfahren	377
bb) Umfang	384
e) Ende der Beobachtungspflicht	385
6. Betriebliche Organisation	387
a) Allgemeines	387
b) Abgrenzung	388
aa) „Körperschaftliche Organisationspflicht“	388
bb) Auswahl und Überwachung von Verrichtungsgehilfen	390
cc) Sonstige Herstellerpflichten	391
dd) Risiko-Management	392
c) Inhalt	394
aa) Auswahl und Überwachung der Beschäftigten	395
bb) Dimensionierung der Arbeitsplätze	396
cc) Information und Anweisung der Mitarbeiter	400
dd) Ausstattung mit Arbeitsmitteln und Technik	406
ee) Die grundlegenden Verfahrensabläufe	407
ff) Festlegung und Abgrenzung der Qualitätsverantwortung	408
gg) Besondere Abteilung für Qualitätskontrolle?	409
hh) Schutz vor Sabotage	412
ii) Compliance-System?	414
d) Übertragbarkeit der Organisationspflicht?	416
e) Gefahr der Überspannung	418
 § 25. Träger der Verkehrspflichten bei der Warenherstellung	
I. Herstellerbegriff	2
1. Allgemeines	2
2. Dienstleistung am Produkt	3
3. Abgrenzung zu Handel und Dienstleistung mit dem Produkt	4
4. „Quasi-Hersteller“	12
5. Ausgegliederte Vertriebsgesellschaft des Herstellers	18
6. Haftung für Naturprodukte	19
a) Rohstoffe	20
b) Nahrungs- und Genussmittel	23
c) Wasser	27
d) Energie	28
e) Menschliches Blut, Organe	30
7. Haftung für Nebenprodukte (Industrieabfälle)	36

Inhaltsverzeichnis

2. Teil. Deliktische Haftung

	R.n.
II. Haftung bei Arbeitsteilung mehrerer Betriebe	38
1. Allgemeines	38
2. Vertikale Arbeitsteilung	41
a) Beschränkung der Herstellerhaftung	41
b) Haftung des Endprodukt-Herstellers	43
aa) Verkehrspflichten im originären Aufgabenbereich	43
bb) Verkehrspflichten für das zugelieferte Produkt ohne Einfluss auf dessen Herstellung	53
cc) Verkehrspflichten für das zugelieferte Produkt bei Einflussnahme auf des- sen Herstellung	54
dd) Sonderfall: Montage nach vorgegebenem Plan	82
c) Haftung des Zulieferers	89
aa) Verkehrspflichten im originären Aufgabenbereich	89
bb) Verkehrspflichten für das Endprodukt	112
3. Horizontale Arbeitsteilung	114
a) Allgemeines	114
b) Vergabe von Planung bzw. Konstruktion	118
c) Vergabe der Fabrikation	122
d) Vergabe der Instruktion und Beobachtung	128
4. Mischformen der Arbeitsteilung	131
5. Herstellung in Lizenz	135
a) Allgemeines	135
aa) Lizenz über Herstellungsrechte	136
bb) Lizenz an Know-how	137
cc) Lizenz an Warenzeichen	138
dd) Kombinationen	139
b) Lizenz über Herstellungsrechte	140
aa) Haftung des Lizenznehmers	140
bb) Haftung des Lizenzgebers	144
c) Lizenz an Know-how	146
aa) Haftung des Lizenznehmers	146
bb) Haftung des Lizenzgebers	148
d) Lizenz an Warenzeichen	152
aa) Haftung des Lizenznehmers	152
bb) Haftung des Lizenzgebers	153
6. Haftungsbeschränkung durch Betriebsaufspaltung?	159
a) Unternehmensstrategie	159
b) Deliktsrechtliche Mitverantwortung der Obergesellschaft	160
c) Haftungsdurchgriff im Konzern	167
III. Haftung für Gefahren aus dem Zusammenwirken mehrerer Produkte	168
1. Allgemeines	168
2. Mehrere Produkte desselben Herstellers	170
3. Beteiligung mehrerer Endhersteller	172
a) Unverträglichkeit mehrerer selbständiger Produkte	172
aa) Arzneimittel	173
bb) Pflanzenschutzmittel	174
b) Produktkombination und Zubehör	178
aa) Allgemeines	178
bb) Haftung für unvollständige Produkte und notwendiges Zubehör	183
cc) Haftung für empfohlene Zubehörteile	203
dd) Haftung für fakultatives Zubehör	210
IV. Verpflichtete Personen	223
1. Unternehmensinhaber	223
a) Originäre Verantwortung	224

2. Teil. Deliktische Haftung

Inhaltsverzeichnis

	R.n.
b) Haftung für verfassungsmäßig berufene Vertreter (§ 31 BGB)	225
c) Haftung für leitende Mitarbeiter (§ 31 BGB analog)	227
2. Vorstand, Geschäftsführer	230
a) Die Außenhaftung der Unternehmensleitung	231
b) Verkehrspflichten der Unternehmensleitung	235
c) Besonderheiten bei mehrköpfiger Geschäftsleitung	238
aa) Ressortverteilung	239
bb) Verbleibende Überwachungspflichten	243
cc) Wiederaufleben der Gesamtverantwortung	244
dd) Gestufte Interventionspflichten	247
3. Leitende Angestellte	261
4. Sonstige Mitarbeiter	268
a) Eigenständige Verantwortung im Produktionsprozess	268
b) Interventionspflicht des Arbeitnehmers?	271
aa) Recht zum Whistleblowing	273
bb) Pflicht zum Whistleblowing?	276

§ 26. Verkehrspflichten des Händlers

I. Der einfache Händler	2
1. Haftung im originären Aufgabenbereich	4
a) Keine Lieferung ungeeigneter Produkte	4
b) Beratung über Produkteignung	5
c) Bedienungs- und Warnhinweise	12
d) Weitergabe von Herstellerhinweisen	14
e) Beachtung von Abgabebeschränkungen des Herstellers	15
f) Keine Abgabe an ungeeignete Personen	16
g) Sachgerechte Lagerung des Produkts	18
h) Beachtung von Haltbarkeitsdaten und Verschleiß	19
2. Haftung für Herstellungsfehler	21
a) Grundsatz: Nur Sichtkontrolle	22
b) Erweiterte Haftung bei besonderen Umständen	24
aa) Gesteigerte Verkehrserwartung	25
bb) Anhaltspunkte für Fehlerverdacht	30
cc) Warnpflicht des Alleinvertriebers?	37
dd) Irreführende Verteidigung gegen Schadensersatzbegehren	38
ee) Mittlerfunktion und Mitwirkungspflichten	42
II. Vertragshändler des Herstellers	46
III. Ausgliederte Vertriebsgesellschaft des Herstellers	50
IV. „Quasi-Hersteller“	51
1. Allgemeines	51
2. Irreführung der Verbraucher	52
3. Instruktionspflicht	54
4. Produktbeobachtungspflicht	55
V. Importeur	60
1. Allgemeines	60
2. Umfang der Importeurepflichten	62
a) Allgemeine Grundsätze	62
b) Einzelne Pflichten-Bereiche	65
aa) Konstruktion	65
bb) Fabrikation	70
cc) Instruktion	72
dd) Produktbeobachtung	73

Inhaltsverzeichnis

2. Teil. Deliktische Haftung

	R.n.
ee) Rückruf	80
ff) Allein- und Gelegenheitsimporteur	81
3. Prinzip des freien Warenverkehrs zwischen EU-Ländern	83
4. Privilegierte Exportländer	87
a) Der Standpunkt des BGH	88
b) Stellungnahme	89
 § 27. Verkehrspflichten des Produktbenutzers	
I. Allgemeines	1
1. Schutzpflichten außerhalb von Produktion und Handel	1
2. Herstellung und Benutzung	3
II. Berufspflichten	5
1. Haftung im originären Aufgabenbereich	6
a) Bestimmungsgemäßer Gebrauch	6
b) Schutz vor Verunreinigung, Beschädigung, Funktionsmängeln	8
c) Schutz vor unvermeidbaren Produktgefahren	10
d) Anleitung und Warnung weiterer Produktbenutzer	11
2. Haftung für Herstellungsfehler	12
a) Grundsatz: bei renommierten Waren nur Sichtkontrolle	12
b) Erweiterte Haftung	13
aa) Gesteigerte Verkehrserwartung	13
bb) Anhaltspunkte für Fehlverdacht	14
III. Pflichten bei außerberuflicher Nutzung	17
 § 28. Verschulden	
I. Verhältnis zur Verkehrspflichtverletzung	1
II. Selbständiges Haftungserfordernis	4
III. Verschuldensformen	13
1. Vorsatz	13
a) Absicht	14
b) Direkter Vorsatz	15
c) Bedingter Vorsatz	16
2. Fahrlässigkeit	20
a) Grobe Fahrlässigkeit	22
b) Einfache Fahrlässigkeit	23
IV. Schuldvermutung?	24
 § 29. Schädigung	
I. Schaden	2
II. Haftungsausfüllende Kausalität	6
III. Zurechnungsprobleme	9
1. Reserveursache	10
2. Unterbrechung des Kausalzusammenhangs	14
3. Rechtmäßiges Alternativverhalten	15
4. Vorteilsausgleichung	16
5. Schutzzweck der Norm	17
 § 30. Beweisfragen der Haftung für Pflichtverletzung	
I. Allgemeines	1
1. Beweismittel	3

2. Teil. Deliktische Haftung

Inhaltsverzeichnis

	R.n.
2. Richterliche Überzeugung	10
a) Regelbeweismaß	10
b) Beweismaßreduzierung	11
3. Anscheinsbeweis	12
4. Tatsächliche Vermutung	15
5. Beweismaßsenkung für Kausalität der unerlaubten Handlung	16
6. Indizienbeweis	17
7. Beweislast und Beweislastumkehr	19
II. Besonderheiten im Produkthaftprozess gegen den Hersteller	21
1. Einführung	21
2. Leitlinien der Rechtsprechung	29
3. Beweis eines Produktmangels (Sicherheitsdefizits)	30
a) Beweislast	30
b) Anscheinsbeweis	36
c) Indizienbeweis	39
d) Sonderfall: Fehlen der Gebrauchs- bzw. Warnhinweise	42
4. Zuordnung des Produktmangels zum Verantwortungsbereich des verklagten Herstellers	43
a) Beweislast	43
aa) Unklarheit der Person des Herstellers	44
bb) Beweislast bei arbeitsteiliger Herstellung	46
cc) Beweislast bei Einwand der Mangelentstehung nach Inverkehrgabe	49
b) Anscheinsbeweis	57
c) Indizienbeweis	61
5. Beweis von Verkehrspflichtverletzung und Verschulden	62
a) Allgemeines	62
b) Konstruktions- und Fabrikationsfehler	65
aa) Grundsatz: Beweislastumkehr	65
bb) Anscheins-, Indizienbeweis	94
cc) Verschuldensvermutung	97
c) Instruktionsfehler	98
aa) Grundsatz: Aufteilung der Beweislast	98
bb) Anscheins-, Indizienbeweis	106
d) Produktbeobachtungsfehler	107
aa) Grundsatz: Aufteilung der Beweislast	107
bb) Anscheins-, Indizienbeweis	111
6. Beweis der Ursächlichkeit des Produktmangels für die Rechtsgutsverletzung	112
a) Allgemeine Beweisregeln	115
aa) Grundsatz: keine Beweislastumkehr	115
bb) Anscheinsbeweis	118
cc) Indizienbeweis	125
b) Besonderheiten bei Instruktionsfehlern	126
aa) Beweislast	127
bb) Anscheinsbeweis, Indizienbeweis	130
7. Beweis der Schädigung durch Rechtsgutsverletzung	136
III. Der Produkthaftprozess gegen Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder, Arbeiter, Angestellte	137
1. Die Beweislast nach der Rechtsprechung	138
2. Kritik an der Rechtsprechung	141
3. Stellungnahme	142
4. Beweisführung	146
IV. Der Produkthaftprozess gegen Vertriebshändler	147
V. Der Produkthaftprozess gegen Benutzer	153

Inhaltsverzeichnis

2. Teil. Deliktische Haftung

	Rn.
VI. Beweissicherung	161
1. Beweissicherung für den Geschädigten	162
a) Allgemeine Sicherungsmaßnahmen	162
b) Das selbständige Beweisverfahren	164
2. Beweissicherung für den Hersteller	167

C. Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB

§ 31. Allgemeines zur Schutzgesetzhaftung

§ 32. Schutzgesetze

I. Gesetzesbegriff	1
II. Schutzgesetzcharakter	4
1. Individualschutz	5
2. Schutzzweck	7
III. Wichtige Schutzgesetze im Dienst der Produktsicherheit	11
1. Allgemeines, Arbeitsschutz	12
2. Arzneimittel	13
3. Seuchenbekämpfung	14
4. Lebens- und Futtermittel	15
5. Bedarfsgegenstände	15
6. Gefährliche Stoffe	17
7. Fahrzeuge	18
8. Gefährliche Geräte, Anlagen	19

§ 33. Voraussetzungen der Schutzgesetzhaftung

I. Verstoß gegen das Schutzgesetz	1
1. Verletzung des äußeren Tatbestandes	1
2. Haftungsbegründende Kausalität	2
II. Haftungsausfüllende Kausalität	3
III. Zurechnungsprobleme	4
IV. Verschulden	7
1. Gegenstand	7
2. Verschuldensformen	9
a) Strafgesetze, Verbotsirrtümer	10
b) Maßgeblichkeit des Schutzgesetzes, Mindestverschulden	14
c) Divergierende Verschuldensgrade	16

§ 34. Beweisfragen der Schutzgesetzhaftung

I. Allgemeines	1
II. Beweis der objektiven Voraussetzungen eines Schutzgesetzverstoßes	3
III. Beweis des Verschuldens	6
1. Allgemeine Beweislastumkehr im Produkthaftprozess?	6
2. Anscheinsbeweis, Indizienbeweis	7
IV. Beweis der Kausalität zwischen Schutzgesetzverstoß und Rechtsgutsbeeinträchtigung bzw. Schaden	10
1. Beweislast	10
2. Anscheinsbeweis, Indizienbeweis	13
3. Schätzung der Folgen eines Schutzgesetzverstoßes	16

D. Haftung nach § 826 BGB

Rn.

§ 35. Voraussetzungen der Haftung für sittenwidrige Schädigung

I. Schädigung	2
II. Sittenwidrigkeit der Schädigung	4
III. Vorsatz des Schädigers	7
1. Grundsatz: zumindest Eventualvorsatz	7
a) Die für die Sittenwidrigkeit maßgebenden Umstände	8
b) Die Schädigung	10
2. Haftung schon bei grober Fahrlässigkeit?	12
3. Irrtum über die Sittenwidrigkeit	14
IV. Beschränkung der Haftung durch Schutzzweck	15

§ 36. Beweisfragen der Haftung für sittenwidrige Schädigung

I. Schädigung durch Verhalten des Beklagten	1
1. Produktmangel	2
2. Verursachung des Produktmangels durch den Beklagten	3
II. Vorsätzliches sittenwidriges Verhalten	5
III. Schaden und Schadensursächlichkeit	7

E. Haftung nach § 831 BGB

§ 37. Voraussetzungen der Haftung für Verrichtungsgehilfen

I. Allgemeines	1
II. Verkehrspflichtverletzung eines Verrichtungsgehilfen (§ 831 Abs. 1 BGB)	4
1. Verrichtungsgehilfe	5
2. Handeln in Ausführung der Verrichtung	6
3. Rechtswidrigkeit der Schadenszufügung durch Gehilfen	9
4. Schädigung durch Verrichtungsgehilfen	11
III. Beweisfragen	12
1. Beweis eines Produktmangels	12
2. Zuordnung des Produktmangels zum Verantwortungsbereich des verklagten Herstellers/Händlers	13
3. Verkehrspflichtverletzung des Verrichtungsgehilfen: Beweislastumkehr	14
4. Rechtsgutsverletzung und Schädigung durch Produktmangel	17
IV. Eigenhaftung von Überwachungspersonen (§ 831 Abs. 2 BGB)	18

§ 38. Entlastungsbeweis des Unternehmers

I. Ausschluss des Entlastungsbeweises bei Produkthaftung?	2
II. Grundsatz: Entlastung bezüglich des Verrichtungsgehilfen	5
1. Sorgfalt bei der Einstellung	6
2. Ordnungsgemäße Beaufsichtigung	7
3. Ordnungsgemäße Sonderaufsicht	8
4. Irrelevanz des vermuteten Verschuldens	10
III. Erleichterte Entlastung bei Einschaltung von Überwachungspersonal	12
1. Zulässigkeit des dezentralisierten Entlastungsbeweises?	13
2. Gegenstand des erleichterten Entlastungsbeweises	16

Inhaltsverzeichnis

2. Teil. Deliktische Haftung

F. Rückrufanspruch

Rn.

§ 39. Anspruchsgrundlagen für einen Rückruf

I. Rückrufanspruch aus §§ 823 Abs. 1, 249 S. 1 BGB	2
II. Rückrufanspruch analog § 1004 Abs. 1 BGB	13
III. Rückrufanspruch aus §§ 3, 4 Nr. 11, 5a Abs. 2, 8 Abs. 1 UWG	19
IV. Aufwendungsersatz bei Fehlerbeseitigung durch Gefährdete?	25

G. Einwendungen und Einreden des Herstellers

§ 40. Obliegenheitsverletzungen, Mitverschulden des Geschädigten

I. Verletzung der handelsrechtlichen Untersuchungs- und Rügepflicht	2
II. Mitverschulden des Geschädigten	4
1. Allgemeine Grundsätze	5
2. Verantwortlichkeit für Hilfspersonen	10
3. Unsachgemäße Handhabung des schädlichen Produkts	16
a) Unzureichendes Studium der Gebrauchsanweisung bzw. Warnhinweise	17
b) Verletzung der handelsrechtlichen Untersuchungspflicht	18
c) Bestimmungswidriger Gebrauch	19
d) Gebrauch trotz Warnung oder Rückrufs	21
e) Gebrauch trotz Anhaltspunkten für Produktmangel	22
f) Umgang mit gefährlichen Stoffen, Arzneimitteln	26
g) Umgang mit gefährlichen Geräten	28
4. Vorsorge für Produktversagen	29

§ 41. Verjährung deliktsrechtlicher Ansprüche

I. Regelverjährung	1
II. Höchstfristen der Verjährung	7
1. Haftung für Leben, Körper, Gesundheit oder Freiheit	7
a) Verjährung der Unternehmenshaftung	8
b) Verjährung der Mitarbeiter- und Organhaftung	10
2. Sonstige Schadensersatzansprüche	11
III. Hemmung der Verjährung, konkurrierende Ansprüche	12

H. Mehrheit von Verpflichteten und Innenausgleich

§ 42. Haftung mehrerer Unternehmen

I. Allgemeines	1
II. Haftung im Außenverhältnis	3
1. Gesamtschuldnerische Haftung mehrerer Verpflichteter	3
2. Mittäterschaft	7
3. Anstiftung, Beihilfe	9
4. Nebentäterschaft	10
5. Alternative Täterschaft	14
a) Verursachungszweifel	14
b) Anteilszweifel	15
c) Voraussetzungen der gemeinsamen Verpflichtung	20
aa) Anspruchsbegründendes Verhalten	21
bb) Schädigung durch anspruchsbegründendes Verhalten	22
cc) „Beteiligung“ an der Schädigung	32
d) Bei Vielzahl von Opfern nur Teilverpflichtung?	42

3. Teil. Produkthaftungsgesetz

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
III. Ausgleich im Innenverhältnis	49
1. Mitwirkung bei Befriedigung, nachträglicher Ausgleich	50
2. Ausgleichsanspruch nach § 426 Abs. 1 S. 1 BGB	52
a) Grundsatz: Bemessung nach Anteil an Schuld bzw. Verursachung	52
b) Ermittlung des Anteils an Schuld bzw. Verursachung	55
c) Besonderheiten bei „Zurechungseinheit“	71
d) Besonderheiten bei Mitverschulden im Verhältnis zu Nebentätern	72
3. Forderungsübergang nach § 426 Abs. 2 BGB	73
4. Ausgleich nach Leistung an Geschädigten ohne eigene Haftung	74
5. Ausgleich von Aufwendungen für Produktbeobachtung, Warn- oder Rückrufaktionen	76
6. Verjährung der Ausgleichsansprüche	84
§ 43. Haftung mehrerer Personen desselben Unternehmens	
I. Haftung im Außenverhältnis	1
1. Allgemeines	1
2. Beispiele für die Verantwortlichkeit Mehrerer	3
II. Ausgleich im Innenverhältnis	7
1. Mitwirkung bei Befriedigung, nachträglicher Ausgleich	7
2. Ausgleichsanspruch nach § 426 Abs. 1 S. 1 BGB	8
3. Sonstige Ausgleichsansprüche	11
4. Verjährung der Ausgleichsansprüche	12

3. Teil. Produkthaftungsgesetz

§ 44. Einleitung

I. ProdHaftG als nationales Gesetz	1
1. Rechtsangleichung	1
a) Regelungsbereich der Richtlinie – Vollharmonisierung	2
b) Nationale Sonderregeln – Vereinheitlichung	4
2. Auslegung	8
II. Keine Direktwirkung der EG-Richtlinie	10

§ 45. Haftungstatbestand – § 1 ProdHaftG

I. Dogmatische und methodische Erwägungen	1
1. Gefährdungshaftung – Verschuldensunabhängige Haftung	2
a) Unterscheidungskriterien	3
b) Schlussfolgerung	5
2. Stellungnahme	9
II. Haftungsvoraussetzungen von § 1 Abs. 1 Satz 2 ProdHaftG	10
1. Hersteller	11
2. Personenschaden	12
a) Tötung eines Menschen	13
aa) Grundsätzliche Gesichtspunkte	13
bb) Schockschäden	16
b) Körperverletzung	17
c) Gesundheitsverletzung	18
d) Geschädigter – Anspruchsberechtigter	19
e) Sachschaden	21
aa) Definition	21
bb) Sachbeschädigung	24
cc) Einschränkung der Gebrauchstauglichkeit	25
f) Vermögensfolgeschäden	27

Inhaltsverzeichnis

3. Teil. Produkthaftungsgesetz

	R.n.
3. „Andere“ Sache – privat genutzte Sache	29
4. Kausalität	30
a) Begriff	30
b) Autonome Interpretation – Kollisionsnorm?	31
aa) Inhaltliche Interpretation	31
bb) Nationale Kollisionsnorm	33
cc) Schlussfolgerung	34
§ 46. Haftungsausschlusstbestände	
I. „Fehlerhaftes Produkt“ – die „andere“ Sache als privat genutzte Sache	1
1. Gesetzesmaterialien	2
a) Meinungsspektrum	4
b) Eigene Stellungnahme	6
2. Zweckbestimmung der „anderen“ Sache	10
a) Privater Ge- oder Verbrauch	11
aa) Autonomes Definitionsmuster	12
bb) Objektive Qualifikation	13
cc) Dual Use	14
b) Subjektive Perspektive des Benutzers	17
c) Darlegungs- und Beweislast	18
II. Ausschluss der Ersatzpflicht wegen fehlenden Inverkehrbringens des fehlerhaften Produkts	19
1. Inverkehrbringen	20
a) Einzelfälle	21
b) Inverkehrbringen des Produkts	25
2. Inverkehrbringen durch den Quasi-Hersteller	29
3. Inverkehrbringen durch den EWR-Importeur	30
4. Inverkehrbringen durch den Lieferanten	32
III. Produktfehler zum Zeitpunkt des Inverkehrbringens	33
1. Fehlerfreiheit	34
a) Fallgestaltungen	35
aa) Fabrikationsfehler	37
bb) Konstruktionsfehler	38
b) Beweisanforderungen	39
IV. Kein Verkauf oder sonstige Vertriebsform mit wirtschaftlicher Zielrichtung – § 1 Abs. 2 Nr. 3 ProdHaftG	41
1. Grundgedanke	41
2. Befreiungstatbestände	43
a) Verkauf oder andere Form des Vertriebs	44
b) Wirtschaftliche Zielsetzung	45
c) Berufliche Tätigkeit	48
d) Private Tätigkeiten	49
e) Herstellen oder Vertreiben	50
V. Produktfehler aufgrund zwingender Normen	51
1. Zwingende Rechtsvorschriften	52
a) Voraussetzungen	52
b) Technische Normen – § 5 Abs. 1 und 2 ProdSG	54
c) Unfallverhütungsvorschriften (UVV)	55
d) Behördliche Zulassung/Genehmigung	56
2. Ausländische Rechtsvorschriften	58
3. Haftungsausschluss auch für den Quasi-Hersteller, den Importeur und den Lieferanten	60
4. Maßgebender Zeitpunkt	63

	Rn.
VI. Verfügbarer Stand von Wissenschaft und Technik	64
1. Entwicklungsfehler	65
2. Fehler – Stand von Wissenschaft und Technik	70
a) Autonomer Begriffsrahmen	70
b) Zumutbarkeit	75
c) Anwendung auf Instruktionsfehler	76
3. Weiterentwicklung des Standes von Wissenschaft und Technik – Produktbe- obachtungspflicht	77
4. Haftung des Herstellers: Teilprodukt – Grundstoff	78
a) Ziel und Zweck von § 1 Abs. 3 ProdHaftG	79
b) Fehlerhaftes Teilprodukt	80
c) Entlastung des Herstellers	83
d) Alleinige Verantwortlichkeit des Teileherstellers	85
VII. Verteilung der Darlegungs- und Beweislast	86

§ 47. Produkt

I. Grundsätzliche Erwägungen	1
II. Produkt als bewegliche Sache	4
1. Hilfsweise: Definitionsmuster von § 90 BGB	4
2. Einzelne Produkte	8
a) Gebrauchte Sachen	8
b) Generalüberholte Sachen	9
c) Entsorgung	10
d) Dienstleistungen	14
e) Druckwerke	16
f) Handwerkliche Fertigung	17
g) Körperteile des lebenden Menschen	18
h) Prothesen – Künstliche Körperteile	20
i) Tiere – Mikroorganismen	22
j) Lebensmittel	24
3. Elektrizität	26
III. Unbewegliche Sachen – bewegliche Sachen	27
1. Qualifikation	28
a) Scheinbestandteile	29
b) Wesentliche Bestandteile – Zubehör	30
2. Handwerker – Bauunternehmer	32
3. Schiffe – Luftfahrzeuge	35
IV. Teilprodukt – Endprodukt – Bewegliche Sache	36
1. Maßgeblichkeit der Verkehrsanschauung	37
2. Erforderliche Abgrenzung	38
V. Software als Produkt	40
1. Meinungsstand	41
a) Standard-Software	42
b) Individual-Software	43
c) Online	44
2. Praktische Konsequenzen	45

§ 48. Produktfehler

I. Allgemeines	1
1. Abgrenzung zum Vertragsrecht	2
2. Abgrenzung zur deliktsrechtlichen Produzentenhaftung	4

Inhaltsverzeichnis

3. Teil. Produkthaftungsgesetz

	R.n.
a) Zur Verkehrssicherungspflicht des § 823 Abs. 1 BGB	4
b) „Ausreißer“ – Entlastungsbeweis	6
c) Arbeitsteiligkeit – Delegation	7
d) Produktbeobachtungspflicht	8
II. Sicherheitserwartungen	9
1. Dogmatische Kategorisierung	10
a) Notwendigkeit eines normativen Maßstabs	11
aa) Idealtypischer Produktbenutzer	11
bb) Sicherheitserwartung der Allgemeinheit	12
cc) Bewertung	13
b) Berechtigte Sicherheitserwartungen	15
III. Allgemeine Definitionskriterien betreffend Sicherheitserwartungen – Produktfehler	22
1. Fabrikationsfehler	24
2. Konstruktionsfehler	25
a) Allgemeine Erwägungen	25
b) Kosten/Nutzen -Verhältnis	27
c) Preis-Leistungsrelation	28
3. Instruktionsfehler	31
4. Sozialadäquanz	32
IV. Sicherheitserwartungen des Produktbenutzers – Einzelfallumstände	35
1. Hersteller- und Benutzererwartungen – Reziprozität	36
2. Darbietung des Produkts	38
a) Gestaltung des Produkts	40
b) Produktbeschreibungen	41
c) Gebrauchsanweisungen, Montageanleitungen, Verpackungshinweise etc.	42
d) Werbeaussagen	43
e) Aufwendungsberatung	45
f) Fachmann – Nichtfachmann	46
g) Darbietungen durch Dritte – Zurechnung	48
3. Beschränkungen der Sicherheitserwartungen – Entsprechende Darbietung des Produkts	49
a) Warnungen	49
b) Freizeichnungen	50
c) Basissicherheit	51
d) Konstruktive Änderungen	52
4. Gebrauch des Produkts, mit dem billigerweise zu rechnen ist	53
a) Dogmatische Einordnung	54
b) Bestimmungsgemäßer Produktgebrauch	57
c) Bestimmungswidriger Fehlgebrauch	58
5. Zeitpunkt des Inverkehrbringens	61
a) Serienprodukte	62
b) Bezugnahme auf § 1 Abs. 2 Nr. 2 ProdHaftG	64
6. Wirkungslosigkeit des Produkts	65
V. Produktverbesserungen	66
1. Allgemeines	66
2. Geänderte Sicherheitserwartungen	68
a) Vergleichsmaßstab	68
b) Begrenzung der Fehlerarten?	70
3. Beweiswürdigung	71

§ 49. Endhersteller – Teilehersteller – Importeur – Quasi-Hersteller – Lieferant

I. Hersteller des Endprodukts	2
1. Definitionsmerkmale	2

	R.n.
a) Keine eindeutige Definition	2
b) Herstellen eines Produkts	3
2. Erforderliche Konkretisierung	6
a) Mitarbeiter, Angestellte des Herstellers	7
b) Erbringen von Dienstleistungen, insbesondere geistige Leistungen	8
c) Irrelevanz der Herstellungsweise	14
3. Abgrenzungen: Horizontale bzw. vertikale Arbeitsteilung	15
4. Abgrenzungen: Hersteller – Sonstige Tätigkeiten in Bezug auf das Produkt	16
a) Händler – Lieferant	16
b) Hersteller – Assembler	17
c) Montagetätigkeit	18
d) Vervollständigung des Produkts	22
e) Anbringung von Zubehörteilen	24
f) Inbetriebnahme	25
g) Reparatur – Wartung	26
h) Verpackung	27
i) Abfüllen	28
II. Hersteller des Teilprodukts	29
1. Teilprodukt	30
2. Teilprodukt – Arbeitsteilung	31
3. Dienstleistungen	34
4. Immaterielle Leistungen	35
5. Teilprodukt – Händler	36
III. Hersteller des Grundstoffs	37
1. Begriffliche Umschreibung	37
2. Konsequenzen	41
3. Weiterfressender Schaden	42
IV. Quasi-Hersteller	43
1. Ziel und Zweck der Regelung	44
2. Anbringen von Namen, Warenzeichen oder eines anderen unterscheidungs- fähigen Kennzeichens	48
a) Anbringen	49
b) Ausgeben als Hersteller	50
c) Erscheinungsbild – Aufklärende Hinweise/Zusätze	54
d) Piraterie	55
V. Importeur	56
1. Grundmuster	56
2. Import – Reimport	58
a) EWR-Hoheitsgebiete	58
b) Einführen – Verbringen	59
c) Reimportieren	60
d) Unbeachtliche Umstände	61
3. Einfuhr im Rahmen der geschäftlichen Tätigkeit	63
4. Maßgebender Zeitpunkt	66
5. Einfuhr zum Zweck des Verkaufs, der Vermietung, des Mietkaufs oder einer anderen Form des Vertriebs	67
6. Import von Teilprodukten – Grundstoffe	70
7. Notwendige vertragsrechtliche Freistellung	72
VI. Lieferantenhaftung	74
1. Sinn und Zweck der Regelung	75
2. Lieferant	77
3. Nichtfeststellbarkeit des Herstellers	81
a) Anonymes Produkt	82

Inhaltsverzeichnis

3. Teil. Produkthaftungsgesetz

	Rn.
b) Recherchepflichten des Geschädigten	83
c) Maßgebender Zeitpunkt	85
4. Nicht-Feststellbarkeit des Teileherstellers	88
5. Nicht-Feststellbarkeit des Quasi-Herstellers	89
6. Nicht-Feststellbarkeit des Herstellers des Grundstoffs	90
7. Nicht-Feststellbarkeit des EWR-Importeurs	91
8. Aufforderung des Geschädigten	92
a) Dogmatische Struktur	93
b) Form	94
c) Inhalt	95
d) Fristberechnung	96
e) Benennung des tatsächlichen Herstellers bzw. des Vorlieferanten	98
9. Rechtsfolgen	102
a) Unvollständige oder falsche Benennung	103
b) Rechtsfolgen – Schadensersatz?	105
c) Nachträgliche Benennung	106
d) Insolvenz des tatsächlichen Herstellers bzw. Vorlieferanten	107
10. Haftungssanktion	108

§ 50. Mehrheit von Ersatzpflichtigen

I. Allgemeines	1
II. Bestehen eines Gesamtschuldverhältnisses	3
1. Haftung mehrerer Hersteller	3
2. Wahlmöglichkeit des Geschädigten	6
3. Ausschlussstatbestand von § 1 Abs. 3 ProdHaftG	7
III. Haftungsausgleich im Innenverhältnis	8
1. Wesensmerkmale	8
2. Umfang des Ausgleichsanspruchs	10
a) Vorliegen einer Freistellungsverpflichtung – § 823 BGB	11
b) Freistellung im Rahmen des ProdHaftG	12
aa) Pflichtenmaßstab des § 1 ProdHaftG	13
bb) Überwälzung von Kontrollpflichten	13
cc) Fehlende Vereinbarungen	14
c) Verhältnis zum Quasi-Hersteller	15
d) Verhältnis zum Lieferanten	16
e) Verschulden	17
f) Schuldhafte Vertragsverletzung	18
g) Verursachung	19
h) Forderungsübergang nach § 426 Abs. 2 BGB	20
IV. Haftungsausgleich bei Gesamtschuldnern aus verschiedenen Staaten	21

§ 51. Mitverschulden

I. Allgemeines	1
II. Mitverschulden – Mitverursachen – Haftungsminde- rung	3
1. Grundregel des § 254 BGB	3
a) Beiderseitige Mitverursachung	5
b) Verantwortlichkeit der Hilfspersonen	6
aa) Vertragliche Sonderverbindung – Erfüllungsgehilfenschaft	6
bb) Obliegenheit zur Schadensabwendung	7
c) Unsachgemäße Handhabung des Produkts	8
2. Ausübung tatsächlicher Gewalt	9

	R.n.
III. Haftung des Herstellers – Mitverursachung des Schadens durch Dritte	10
1. Mitverursachung	10
2. Handlung des Dritten	13
a) Sabotage – Erpressung	14
b) Fälle höherer Gewalt	15
3. Innenverhältnis: Hersteller – Dritte	16

§ 52. Umfang der Schadensersatzpflicht

I. Ansprüche im Fall der Tötung	2
1. Schaden des Getöteten	2
2. Ersatz der Beerdigungskosten	4
3. Schadensersatzansprüche Dritter	6
a) Entgangener Unterhalt	7
b) Höhe des Unterhaltsschadens	9
4. Anspruch auf Geldrente	11
5. Mitverschulden	12
6. Entgangene Dienste	13
II. Ansprüche im Fall der Körperverletzung	14
1. Ersatz der Heilbehandlungskosten	15
2. Erwerbsschaden	16
3. Vermehrung der Bedürfnisse	18
4. Ersatz von Schmerzensgeld	19
III. Haftungshöchstbetrag – § 10 ProdHaftG	20
1. Allgemeines	20
a) Option nach Art. 16 Produkthaftungs-Richtlinie	20
b) Überprüfungskompetenz nach Art. 16 Abs. 2 der Produkthaftungs-Richtlinie	21
c) Überprüfungskompetenz nach Art. 18 Abs. 2 der Produkthaftungs-Richtlinie	22
2. Geltungsbereich der Haftungshöchstgrenze	23
a) Serienschaden – Einzelschaden	23
b) Anwendung deutschen Rechts	24
3. Überschreiten der Haftungshöchstgrenze – Ausgleich	25
4. Praktische Gesichtspunkte	26
5. Quotenregelung	28
a) Grundsatz	28
b) Berechnungsformen	29
6. Übersteigende Haftung – § 823 BGB	33
7. Auslandsbezug	34
IV. Selbstbehalt bei Sachschäden – § 11 ProdHaftG	35

§ 53. Verjährung – Erlöschen der Ansprüche – §§ 12, 19 ProdHaftG

I. Verjährung – Allgemeines	1
II. Beginn der Verjährungsfrist	2
1. Grundaussagen	2
2. Fahrlässigkeitsvorwurf	5
3. Spätschaden	6
4. Mehrere Ersatzpflichtige	7
III. Hemmung der Verjährung durch Verhandlungen – § 12 Abs. 2 ProdHaftG	9
1. Hemmung der Verjährung	10
2. Anwendbarkeit der allgemeinen Verjährungsregeln	12
3. Verjährung von Ausgleichsansprüchen	13

Inhaltsverzeichnis

4. Teil. Qualitätssicherungsvereinbarungen

	R.n.
IV. Erlöschen von Ansprüchen – § 13 ProdHaftG	14
1. Ausschlussfrist	15
a) Fristbeginn	16
b) Fristende	19
2. Gerichtliche Geltendmachung	23
3. Nicht mehr streitige oder rechtskräftig festgestellte Ansprüche	25

§ 54. Verbot von Haftungsbegrenzungs- und Haftungs- freizeichnungsvereinbarungen – § 14 ProdHaftG

I. Unabdingbarkeit	2
1. Geltungsbereich	2
2. Haftungsfreizeichnungen – Haftungsbegrenzungen	3
a) Anwendungsbereich	3
b) Nicht erfasste Vereinbarungen	5
c) Umgehungstatbestände	6
d) Produktinformationen	7
3. Rechtsfolgen	8
II. Auswirkungen auf die StromGVV, GasGVV	9

§ 55. Beweislast

I. Fehlernachweis	3
1. Nachweispflichten des Geschädigten	3
2. Beweiserleichterungen	5
II. Schadensnachweis	6
III. Kausalitätsnachweis	7
IV. Herstellerbeweis	9
1. Allgemeines	9
2. Besondere Entlastungsmöglichkeiten: Entstehen des Fehlers nach dem Inverkehr- bringen	11
a) Erwägungen der Produkthaftungs-Richtlinie	12
b) Grundsatz der richterlichen Beweiswürdigung	13
aa) Ausgangspunkt	14
bb) Zustände in der Sphäre des Herstellers	17
cc) Umstände in der Sphäre des Quasi-Herstellers	19
dd) Teilehersteller	20
c) EWR-Importeur	24
d) Lieferantenhaftung	25

§ 56. Konkurrenzdienst in Haftungsansprüchen

I. Vergleich zwischen Art. 13 der Produkthaftungs-Richtlinie und § 15 Abs. 1 ProdHaftG	2
II. Anwendbarkeit der Bestimmungen des ProdHaftG	7
III. Verhältnis zu sonstigen Haftungsansprüchen	8
1. Verhältnis zu § 32 GentTG	9
2. Verhältnis zu §§ 25, 25a AtomG	10
3. Gewöhnliche Anspruchskonkurrenzen	11

4. Teil. Qualitätssicherungsvereinbarungen

§ 57. Gegenstand, Ursache und Funktionen von QSV/QMV

I. Gegenstand von QSV	2
II. Ursache und Gründe für QSV	3

4. Teil. Qualitätssicherungsvereinbarungen

Inhaltsverzeichnis

	R.n.
III. Wesentliche Funktionen	3
1. Präventionsfunktion	4
2. Haftungsverteilungsfunktion	5
3. Rationalisierungsfunktion	6
 § 58. Verhältnis der Qualitätssicherungsvereinbarung zum Liefervertrag	
I. Liefervertrag als eigenständiger ergebnisbezogener Vertrag	1
II. Qualitätssicherungsvereinbarung als eigenständiger produktionsprozessbezogener Vertrag	3
III. Geltungsbereich von QSV	6
IV. Rechtliche Typisierung von QSV	8
1. QSV als Dauerschuldverhältnisse	8
2. Vertrag sui generis oder typengemischter Vertrag	9
a) Werkvertragliche Elemente	10
b) Dienstvertragliche Elemente	11
c) Geschäftsbesorgungsrechtliche Elemente	12
d) Gesellschaftsvertragliche Elemente	13
e) Qualifizierung im Einzelfall	14
V. Eigenständiger Vergütungsanspruch?	15
VI. Überschneidung und Wechselwirkung von Liefervertrag und QSV im Gewährleistungsrecht	16
1. Keine Wechselwirkung, wenn nur eine Pflichtverletzung in einem Gewährleistungssystem vorliegt	17
2. Überschneidung beider Gewährleistungssysteme wenn Pflichtverletzung aus QSV zu Mangel führt	19
3. Wechselwirkung beider Gewährleistungssysteme wenn Abnehmer Pflicht aus QSV verletzt und der Lieferant daraufhin ein mangelhaftes Produkt liefert	20
VII. Fazit	21
 § 59. Vorgaben durch Produktsicherheitsrecht, insbesondere Produktsicherheitsgesetz	
I. Das ProdSG	6
1. Das GPSG	6
2. Das ProdSG	8
II. Anwendungsbereich, § 1 ProdSG	9
1. Anwendungsbereich	9
2. „Produkte“, „Bereitstellen auf dem Markt“, „Ausstellen“, „Verbraucherprodukte“, „Inverkehrbringen“	10
a) „Produkte“, § 2 Nr. 22 ProdSG	10
b) „Verbraucherprodukte“, § 2 Nr. 26 ProdSG	12
c) Bereitstellung auf dem Markt, § 2 Nr. 4 ProdSG	13
d) „Ausstellen“, § 2 Nr. 2 ProdSG	14
e) „Inverkehrbringen“, § 2 Nr. 15 ProdSG	15
3. Adressaten	16
a) Händler	17
b) Zulieferer	18
c) Einzelhändler/Handelsunternehmen	21
III. Grundlegende Sicherheitsanforderungen § 3 ProdSG	22
1. § 3 Abs. 1 ProdSG – Produkte im harmonisierten Bereich	23
2. § 3 Abs. 2 ProdSG – Produkte im nicht harmonisierten Bereich	24

Inhaltsverzeichnis

4. Teil. Qualitätssicherungsvereinbarungen

	R.n.
IV. Besondere Sicherheitsanforderungen an Verbrauchprodukte – § 6 ProdSG	26
1. § 6 Abs. 1 ProdSG – Pflichten beim Bereitstellen eines Verbraucherprodukts auf dem Markt	27
2. § 6 Abs. 2 ProdSG – Pflicht zur Vorhaltung eines QS-Systems	30
3. § 6 Abs. 3 ProdSG – Pflichten nach Inverkehrbringen	32
4. § 6 Abs. 4 ProdSG – Pflicht zur Unterrichtung der Behörden (Selbstanzeige)	33
5. § 6 Abs. 5 ProdSG – Händlerpflichten	35
V. Kennzeichnungspflichten, §§ 7, 20, 22 ProdSG	36
1. CE-Kennzeichnung, § 7 ProdSG	36
2. GS-Kennzeichnung, § 20, 22 ProdSG	38
VI. Zentrale Behördenbefugnisse und – pflichten, §§ 25, 26 ProdSG	40
1. Behördliches Überwachungskonzept und Stichproben, § 25 Abs. 1, 26 Abs. 1 ProdSG	41
2. Maßnahmen nach § 26 Abs. 2 ProdSG	42
3. Widerruf oder Abänderung von behördlichen Maßnahmen	44
4. Pflicht zur Anordnung eines Rückrufs oder einer Rücknahme von Produkten im Falle des Vorliegens eines ernststen Risikos, § 26 Abs. 4 S. 1 ProdSG	45

§ 60. Haftungsrechtliche Wirkungen von QSV

I. Haftung gegenüber Dritten (Endverbraucher) – Produkthaftung	2
1. Ansprüche des Endverbrauchers unmittelbar aus QSV	2
2. Vertragliche Mängelgewährleistungsansprüche nach §§ 437, 634 BGB	4
3. Ansprüche des Endverbrauchers aus § 1 ProdHaftG	6
4. Ansprüche des Endverbrauchers aus § 823 Abs. 1 BGB	9
a) Verkehrssicherungspflichtverletzung	9
b) Übertragbarkeit der Verkehrssicherungspflichten durch QSV	11
c) Folgefragen einer Delegation von Verkehrssicherungspflichten	14
5. 823 Abs. 2 BGB i. V.m. Schutzgesetz	16
a) Schutzgesetze – insbesondere ProdSG	17
b) Keine Delegation der Pflichten aus Schutzgesetzen	19
6. Ansprüche des Endverbrauchers aus § 831 BGB	20
II. Haftung in der Lieferkette	21
1. Gesamtschuldnerausgleich nach Maßgabe von QSV	21
a) Rückgriffs- und Freistellungsvereinbarungen	22
b) Konkludente Haftungsverschiebung durch QSV	23
c) Bedeutung von QSV für den Gesamtschuldnerausgleich nach § 5 S. 2 ProdHaftG	25
2. Haftung für Maßnahmen aus Kulanz außerhalb der Gesamtschuld	27
3. Vertragliche Mängelgewährleistungsansprüche und -rechte nach § 437 BGB	29
a) Null-Fehler Garantie des Zulieferers kraft QSV?	29
b) Zugesicherte Eigenschaft und Arglist	30
c) Ausschluss nach § 377 HGB	31
4. § 823 Abs. 1 BGB	32

§ 61. QSV und AGB-Recht

I. Qualifizierung von QSV als AGB	1
1. „Vertragsbedingungen“	2
2. „Einseitiges Stellen“ durch den Verwender	3
3. Vorformuliert für eine Vielzahl von Verträgen	4
4. Individuelles Aushandeln von Vertragsbedingungen	5
II. Einbeziehung von AGB in den Vertrag	6
III. Kontrollfähigkeit von QSV	7

4. Teil. Qualitätssicherungsvereinbarungen

Inhaltsverzeichnis

	R.n.
IV. Kontrollmaßstab	10
V. Rechtsfolgen der Unwirksamkeit von AGB	11
 § 62. Typischer Inhalt und rechtliche Bewertung von QSV	
I. Präambel	1
1. Zielvorgaben	2
2. Auslegungshilfe und Geschäftsgrundlagen	3
II. Anwendungs- und Regelungsbereich	4
1. Personell	4
2. Sachlich	5
3. Zeitlich	6
III. Leistungsgegenstand	8
1. Spezifikationen des Herstellers und Funktionalbeschreibung	8
a) Vertragsrechtliche Bedeutung	9
b) Produkthaftungsrechtliche Bedeutung	11
c) AGB-rechtliche Zulässigkeit	14
2. Lieferung nach Muster/Erstmuster	15
a) Ablauf	17
b) Dogmatische Einordnung	19
c) Vertragsrechtliche Bedeutung	26
d) Anfechtbarkeit der Freigabeerklärung	30
e) Deliktsrechtliche Bedeutung	31
f) AGB-rechtliche Zulässigkeit	32
IV. Verpflichtung zur Etablierung eines QM-Systems	37
1. Qualitätsmanagementsysteme	38
a) Einführung eines geeigneten QM-Systems	39
b) Einführung eines spezifischen QM-Systems	40
c) Einführung eines genormten QM-Systems	41
2. Produkthaftungsrechtliche Bedeutung	42
3. AGB-rechtliche Zulässigkeit	45
V. Hinweis- und Informationspflichten	47
1. Informationspflichten in Bezug auf die Produktdokumentation	48
2. Informationspflichten in Bezug auf Beschaffenheitsabweichungen	51
3. Informationspflichten in Bezug auf Änderungen im Produktionsablauf	54
4. Zustimmungs- und Widerspruchsrechte des Endherstellers	55
VI. Verzicht auf Wareneingangskontrollen	56
1. Vertragsrechtliche Bedeutung	57
2. Deliktsrechtliche Bedeutung	58
3. AGB-rechtliche Zulässigkeit einer Abbedingung der Wareneingangskontrolle	59
4. Abbedingung der Untersuchungs- und Rügepflicht nach Art. 38, 39 CISG	63
a) Untersuchungs- und Rügeobliegenheit	64
b) AGB-rechtliche Zulässigkeit der Abbedingung von Art. 38, 39 CISG	66
VII. Rückrufverpflichtung des Lieferanten	67
1. Vertragsrechtlicher »Rückruf«	68
2. Deliktsrechtlicher Rückruf	70
a) Rückrufflicht des Herstellers	70
b) Rückrufflicht des Zulieferers	73
3. Öffentlich-rechtlicher Rückruf	74
a) Rückrufanordnung	75
b) Voraussetzungen der Rückrufanordnung	77
c) Verhältnismäßigkeit	80

Inhaltsverzeichnis

4. Teil. Qualitätssicherungsvereinbarungen

	R.n.
d) Vollstreckung	82
e) Amtshaftung	83
4. Regressansprüche des Endherstellers gegen den Lieferanten	84
a) Vertraglicher Schadensersatzanspruch	85
b) Geschäftsführung ohne Auftrag	87
c) Gesamtschuldnerausgleich	90
d) Leistungskondiktion	93
5. AGB-rechtliche Zulässigkeit	95
VIII. Versicherungspflicht	98
1. Versicherungsschutz aus Sicht des Herstellers	98
2. Versicherungsschutz aus Sicht des Zulieferers	100
3. Verpflichtung zum Abschluss einer Produkthaftpflichtversicherung in QSV	102
4. Verpflichtung zum Abschluss einer Rückrufkostenversicherung	104
a) Versicherungsschutz nach den allgemeinen Haftpflichtversicherungsbedingungen	104
b) Versicherungsschutz nach dem Produkthaftpflicht-Modell	105
c) Rettungskostenersatz gemäß §§ 82, 83 VVG (§§ 62, 63 VVG a. F.)	107
d) Rückrufkostenhaftpflichtversicherung	108
5. AGB-rechtliche Zulässigkeit	117
IX. Kennzeichnungspflicht	118
1. Zweck der Produktkennzeichnung	118
2. AGB-rechtliche Zulässigkeit	120
X. Audits	121
1. Haftungsrechtliche Bedeutung	121
2. AGB-rechtliche Zulässigkeit	122
XI. Dokumentations- und Aufbewahrungspflicht	123
1. Dokumentation aus Sicht des Herstellers	123
2. Dokumentation aus Sicht des Zulieferers	124
3. AGB-rechtliche Zulässigkeit	125
XII. Geheimhaltungsverpflichtung	126
1. Zweck und Umfang	126
2. AGB-rechtliche Zulässigkeit	127
XIII. Haftungsregelungen	128
1. Allgemeine Verantwortungszuweisung an den Lieferanten	129
2. Regress- und Freistellungsvereinbarungen	130
3. AGB-rechtliche Zulässigkeit	130

§ 63. Branchenspezifika

I. Automobilbranche: Berücksichtigung der Branchenspezifika in ISO und VDA Standards	1
1. EN ISO 9000: Generelle QM-Vorgaben	1
2. ISO/TS 16949: Spezifikationen für Automobilindustrie	2
3. VDA Standards	3
4. VDA 6: Auditierungs- und Zertifizierungsvorgaben	4
5. VDA-Vorgaben für „3rd party audits“	5
6. AGB-rechtliche Beurteilung der Normenvorgaben	6
II. Lebensmittelbranche: QM durch gesetzliche Vorgaben geprägt	9
1. Vorgaben zur Rückverfolgbarkeit durch LFGB und europäische Basisverordnung (EG) Nr. 178/2002	9
2. Umsetzung in EN ISO 22005:2007	10
3. EG-VO 853/2004: Vorgabe zur Implementierung eines HACCP-Systems	11

5. Teil. Produkthaftpflicht-Versicherung

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
4. DIN EN ISO 22000:2005 und die konkretisierende EN ISO 22004: Umsetzung der gesetzlichen HACCP-Pflicht	12
5. AGB-rechtliche Beurteilung der Normenvorgaben	13
6. Einhaltung von QM-Standards GFSI und IFS schon von Seiten der Händler gefordert	14
7. QM als Werbefaktor und Aushängeschild in der Lebensmittelbranche	16

5. Teil. Produkthaftpflicht-Versicherung

§ 64. Einführung

I. Historische Entwicklung der Produkthaftpflichtversicherung	1
II. Abgrenzung der Produkthaftpflichtversicherung zu anderweitigen Versicherungen ...	2
1. Rückrufkostenversicherung	2
2. Bilanzschutzversicherung	3
3. Produktschutzversicherung	4
III. Abgrenzung der Allgemeinen/Betrieblichen Haftpflichtversicherung zur Produkthaftpflicht-Versicherung	5
IV. Rechtliche Grundlagen	7
1. Versicherungsvertragsgesetz (VVG)	7
2. AHB und PHB	8
a) Die sog. Nullstellung	9
b) Erprobungsklausel (Ziff. 6.2.5 PHB)	10
c) Zeitliche Begrenzung (Ziff. 7.1 PHB) und Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalles (Ziff. 8.2 PHB)	11
d) Abbedingung von Ausschlussklauseln	12
3. Erläuterungen des GDV	13

§ 65. Leistungen des Versicherers

§ 66. Versicherungsgegenstand

I. Versicherung der gesetzlichen Haftpflicht für Personen- und Sachschäden	2
1. Die gesetzliche Haftpflicht	2
a) Alle Rechtsnormen	3
b) Haftungsnormen ausländischen Rechts	4
c) Anspruchskonkurrenz	5
d) Erweiterung der gesetzlichen Haftung durch Vertrag	6
aa) Vereinbarung von längeren Gewährleistungsfristen als §§ 438, 634a BGB sowie Übernahme von Garantien.	7
bb) Abbedingung des Rügeerfordernisses des § 377 HGB	8
cc) Verjährungsverzicht nach Eintritt des Versicherungsfalles	9
e) Einschränkung der gesetzlichen Haftpflicht durch Vertrag	10
2. Personenschaden	11
3. Sachschaden	12
4. Unechte Vermögensschäden	13
II. Inverkehrbringen hergestellter oder gelieferter Erzeugnisse	14
1. Das hergestellte Erzeugnis	15
2. Das Inverkehrbringen	16
3. Das gelieferte Erzeugnis	17
4. Arbeiten und sonstige Leistungen	18
a) Begriffliche Umschreibung	19
b) Einzelfälle	20

Inhaltsverzeichnis

5. Teil. Produkthaftpflicht-Versicherung

	R.n.
c) Arbeitsteiligkeit	21
d) Schadenseintritt nach Arbeitsabschluss/Leistungsausführung	22
III. Mitversicherung von Bearbeitungsschäden	23
 § 67. Versichertes Risiko	
I. Betriebsbeschreibung	1
II. Risiko für Subunternehmer	2
 § 68. Mitversicherung der persönlichen Haftpflicht	
 § 69. Abgrenzungen und Erweiterungen des Versicherungsschutzes, Begriffsdefinitionen	
 § 70. Personen- oder Sachschäden aufgrund von Sachmängeln infolge Fehlens von vereinbarten Eigenschaften	
 § 71. Verbindungs-, Vermischungs- und Verarbeitungsschäden	
I. Grundsatz	1
II. Versicherter Gegenstand: Inanspruchnahme wegen konkreter Schadenspositionen	2
III. Deckungsvoraussetzungen	4
IV. Mangelhaftigkeit des Erzeugnisses	5
V. Beschädigung oder Vernichtung der anderen Produkte	6
1. Beschädigung oder Vernichtung	7
2. Die anderen Produkte	8
VI. Kosten für die Herstellung des Gesamtprodukts, Ziff. 4.2.2.2 PHB	9
1. Aufgewandte Kosten	10
2. Ausgenommene Kosten: Das Entgelt für das mangelhafte Erzeugnis	11
VII. Kosten für rechtlich gebotene und wirtschaftlich zumutbare Nachbearbeitung der Gesamtprodukte, Ziff. 4.2.2.3 PHB	12
1. Schadensminderungspflicht des Geschädigten, § 254 Abs. 2 BGB	13
2. Geliefertes Erzeugnis – Gesamtprodukt	14
3. Umfang der Ersatzleistung des Versicherers	15
4. Rückrufkosten	16
VIII. Weiterer Vermögensnachteil – Unveräußerlichkeit des Gesamtprodukts, Ziff. 4.2.2.4 PHB	17
1. Unveräußerbarkeit bzw. eingeschränkte Veräußerbarkeit des Gesamtprodukts	18
2. Kausalität zwischen Vermögensnachteil und fehlender Veräußerbarkeit	19
3. Berücksichtigung des Erfüllungsbereichs	20
4. Vermögensnachteile im Falle eines Rückrufs	21
IX. Produktionsausfallkosten, Ziff. 4.2.2.5 PHB	22
1. Produktionsausfall als Folge eines Verbindungs-, Vermischungs- oder Verarbei- tungsstatbestandes	23
a) Produktionsausfall	24
b) Produktionsausfall – Sachschaden	25
c) Fehlen eines Sachschadens	26
2. Unmittelbar entstandene Kosten	27

**§ 72. Weiterverarbeitung – Weiterbearbeitung eines mangelhaften Erzeugnisses
ohne Vermischung, Verbindung oder Verarbeitung**

I. Grundsatz	1
II. Versicherter Gegenstand: Inanspruchnahme wegen konkreter Schadenspositionen	2
III. Mangelhaftigkeit des Erzeugnisses	3
IV. Kosten für die Weiterverarbeitung oder -bearbeitung bei Unveräußerlichkeit gemäß Ziff. 4.3.2.1 PHB	4
1. Weiterverarbeitung – Weiterbearbeitung	4
2. Unveräußerbarkeit der verarbeiteten oder bearbeiteten Erzeugnisse	5
3. Umfang der gedeckten Kosten	6
V. Aufwendungen wegen rechtlich gebotener und wirtschaftlich zumutbarer Nachbear- beitung des mangelhaften Erzeugnisses gemäß Ziff. 4.3.2.2 PHB	7
VI. Weiterer Vermögensnachteil – Veräußerlichkeit des Erzeugnisses nur mit Preisnach- lass gemäß Ziff. 4.3.2.3 PHB	8

§ 73. Aus- und Einbaukosten

I. Grundsatz	1
II. Versicherter Gegenstand: Inanspruchnahme wegen konkreter Schadenspositionen	2
III. Haftungsrechtliche Besonderheiten bei Aus- und Einbaukosten und deckungsrecht- liche Konsequenzen	3
IV. Mangelhaftigkeit des Erzeugnisses	6
V. Austausch mangelhafter Erzeugnisse gemäß Ziff. 4.4.2.1 PHB	7
1. Austausch	8
2. Austausch des mangelhaften durch mangelfreies Erzeugnis	9
3. Ausbau von Einzelteilen	10
4. Umfang der gedeckten Kosten	11
5. Nicht gedeckt: Kosten der Nach- und Neulieferung	12
VI. Transportkosten gemäß Ziff. 4.4.2.2 PHB	13
1. Transport mangelfreier Erzeugnisse	13
2. Umfang der gedeckten Kosten	14
VII. Deckungsschutz für Erfüllungsanspruch gemäß Ziff. 4.4.3 PHB	15
VIII. Nicht gedeckte Bereiche	16
1. Selbsteinbau/Selbstmontage	16
2. Kraft-, Schienen- und Wasserfahrzeuge	17
3. Vorrang der Rückrufkostenklausel	18
4. Kosten aus dem Einzelteileaustausch	19

§ 74. Maschinenklausel

I. Grundsatz	1
II. Versicherter Gegenstand: Inanspruchnahme wegen konkreter Schadenspositionen	2
III. Mangelhaftigkeit des Erzeugnisses	3
IV. Herstellung – Lieferung – Montage – Wartung einer Maschine	4
1. Maschine	5
2. Herstellung, Lieferung, Montage und Wartung	6
V. Produzieren – Bearbeitung – Verarbeitung von mangelhaften Produkten	7
1. Der Begriff des Produktes	7
2. Produzieren	8
3. Bearbeiten	9
4. Verarbeiten	10

Inhaltsverzeichnis

5. Teil. Produkthaftpflicht-Versicherung

	Rn.
5. Mangelhaftigkeit des Produkts	11
6. Schäden Dritter	12
VI. Kosten der Beschädigung oder Vernichtung der Produkte, Ziff. 4.5.2.1 PHB	13
VII. Andere nutzlos aufgewendete Kosten, Ziff. 4.5.2.2 PHB	14
VIII. Kosten für rechtlich gebotene und wirtschaftlich zumutbare Nachbearbeitung der herg- stellten, bearbeiteten oder verarbeiteten Produkte, Ziff. 4.5.2.3 PHB	15
IX. Weiterer Vermögensnachteil – Unveräußerlichkeit des Produkts, Ziff. 4.5.2.4 PHB	16
X. Produktionsausfallkosten, Ziff. 4.5.2.5 PHB	17
1. Kausalitätserwägungen	18
2. Kosten des Abnehmers des Versicherungsnehmers	19
3. Umfang der zu ersetzenden Kosten	20
4. Produktionsausfallkosten – entgangener Gewinn	21
XI. Weitere Vermögensnachteile aufgrund der Überführung der mangelhaft hergestell- ten, bearbeiteten oder verarbeiteten Produkte in weitere Absatzstufen, Ziff. 4.5.2.6 PHB	22

§ 75. Prüf- und Sortierkosten

I. Grundsatz	1
II. Versicherter Gegenstand: Inanspruchnahme wegen konkreter Schadenspositionen	2
III. Kosten der Überprüfung der Produkte mit Mangelverdacht, Ziff. 4.6.2 PHB	3
IV. Nacherfüllungskosten, Ziff. 4.6.4 PHB	4
V. Vorrang der Rückrufkostenklausel	5

§ 76. Auslandsdeckung (Umfang nach besonderer Vereinbarung)

§ 77. Risikoabgrenzungen

I. Nicht versicherte Tatbestände, Ziff. 6.1 PHB	2
II. Risikoausschlüsse, Ziff. 6.2 PHB	5
1. Ansprüche aus Garantien oder aufgrund sonstiger vertraglicher Haftungserweite- rungen	5
2. Ansprüche aus Rechtsmängeln	6
3. Ansprüche wegen Schäden gem. Ziff. 7.8 AHB	7
4. Pflichtwidrigkeitsklausel	8
5. Experimentierklausel	9
6. Luftprodukthaftpflicht	10
7. Konzernklausel	11
8. Ausschluss von Rückrufkosten	12

§ 78. Zeitliche Begrenzung, Versicherungsfall, Serienschaden, Versicherungssumme, Maximierung, Selbstbeteiligung

I. Grundsätzliches zum Versicherungsfall	1
II. Der Versicherungsfall bei Personen- und Sachschäden inklusive Vermögensfolgeschä- den	2
III. Der Versicherungsfall bei reinen Vermögensschäden	4
IV. Der Versicherungsfall beim Serienschaden	8
1. Zeitpunkt des Versicherungsfalls	8
2. Mehrere Schadensfälle – gleiche Schadensursache – innerer Zusammenhang	9
3. Mangelhafte Lieferung von Erzeugnissen	10
4. Arbeiten-Leistungen	11

6. Teil. Strafrechtliche Produktverantwortung

Inhaltsverzeichnis

	R.n.
5. Auswirkungen eines Serienschadens	12
6. Vorfeldschäden – Rückrufkosten – Rettungskostenersatz	13
7. AHB- und alternative Serienschadenklauseln	14
V. Versicherungssumme, Maximierung, Selbstbeteiligung	15
1. Versicherungssumme	15
2. Maximierung	16
3. Selbstbeteiligung	17

§ 79. Erhöhung und Erweiterung des Risikos/neue Risiken

6. Teil. Strafrechtliche Produktverantwortung

§ 80. Grundlagen der strafrechtlichen Haftung

I. Die derzeitige Situation in der Rechtsprechung	1
II. Strafrechtliche Produktverantwortung als persönliche Haftung	10
III. Grundlagen der Unternehmenssanktion	12
IV. Keine Versicherbarkeit der strafrechtlichen Verantwortung	17
V. Strafrechtliche Produktverantwortung als „Einstehenmüssen“ für in rechtswidriger und schuldhafter Weise herbeigeführte Schäden	21

§ 81. Materielle Voraussetzungen der strafrechtlichen Verantwortung für fehlerhafte Produkte

I. Problembefund	1
II. Tatbestandsmäßiges Verhalten durch aktives Tun oder Unterlassen	4
III. Unechtes Unterlassen – zur Begründung von Garantienpflichten im Bereich der strafrechtlichen Produkthaftung	6
1. Die Garantienpflicht aus vorausgegangenem, gefährlichem Tun	9
a) Pflichtwidriges vorausgegangenes Tun	10
b) Nicht vorwerfbares Verhalten	11
2. Garantienpflicht kraft Übernahme/ die Pflichtstellung des Übertragenden	17
3. Inhalt und Ausprägung strafrechtlicher Warn- und Rückrufpflichten	20
a) Zeitliche Grenzen der Rückrufpflicht	22
b) Grenzen der Rückrufpflicht	28
IV. Zur Pflichtwidrigkeit des Verhaltens	32
1. Die Begründung einer Fahrlässigkeit in der Rechtsprechung	33
2. Der dogmatische Ansatzpunkt für die Feststellung des Sorgfaltmaßstabes	35
a) Pflichtenstandards im Bereich der Konstruktion	39
b) Pflichtenstandards bei der Produktion	40
c) Pflichtenstandards bei der Produktinstruktion und der Produktbeobachtung	44
V. Kausalität und Erfolgszurechnung	46
1. Zur Schadensursächlichkeit des Produkts	47
2. Zum kausalen Verhalten mehrerer Personen	54
3. Kausalität bei Gremienentscheidungen	55
4. Zur Kausalität des Unterlassens	56
5. Kausalität und objektive Zurechnung des Erfolges	60
a) Selbstgefährdung durch den Produktbenutzer	61
b) Produktmissbrauchsfälle	63
c) Stichprobenkontrollen und Kausalität	66

Inhaltsverzeichnis

6. Teil. Strafrechtliche Produktverantwortung

	R.n.
VI. Zur Frage des Verschuldens	68
1. Schuldproblematik bei Vorsatzdelikten	68
2. Das Schulselement der Fahrlässigkeit	69
3. Individuelle Sorgfaltspflichtverletzung	71
4. Unzumutbarkeit pflichtgemäßen Verhaltens	72
VII. Irrtumsfälle	75
VIII. Verjährung	80

§ 82. Einzelfragen

I. Verkehrssicherungspflicht im arbeitsteiligen Unternehmen	1
1. Notwendigkeit der Ausgestaltung von Verantwortungsbereichen	7
2. Die inhaltliche Struktur von Verantwortungsbereichen	13
a) Pflichtenstandards der Ausführungsebene	14
b) Pflichtenstandards der Kontrollebene	15
c) Pflichtenstandards der Leitungsebene	23
d) Pflichtenstandards bei Sondergremien und Kollektiventscheidungen	26
II. Strafrechtliche Haftung bei nicht bestimmungsgemäßer Produktverwendung	32
1. Verantwortlichkeit bei der Konstruktion	32
2. Fehlende Produkthinweise	33
a) Vorhersehbarer Produktfehlgebrauch	34
b) Grenzen der Vorhersehbarkeit	39
c) Erkennbarer Produktmissbrauch	43
3. Struktur der Verantwortlichkeit	48
III. Strafrechtliche Verantwortlichkeit dritter Personen neben dem Hersteller	49
1. Strafrechtliche Haftung des Zulieferers	50
2. Verlängerte Werkbank	52
3. Verantwortlichkeit des Händlers	53
IV. Sonderregelungen der strafrechtlichen Produkthaftung	60
1. Straftaten nach dem Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB)	61
a) Grundsätze des Lebensmittelstrafrechts	61
b) Begehungsalternativen des § 58 LFGB	66
c) Begehungsalternativen des § 59 LFGB	67
d) Einzelfragen	68
2. Straftaten nach dem Arzneimittelgesetz (AMG) und dem Medizinproduktegesetz (MPG)	70
a) Strafvorschriften des Arzneimittelgesetzes	72
b) Strafvorschriften des Medizinproduktegesetzes	77
c) Das Verhältnis des AMG zum MPG	82
V. Die abfallstrafrechtliche Haftung des Produzenten	83

§ 83. Praktische Verhaltensregeln bei strafrechtlichen Ermittlungsmaßnahmen im Unternehmen

1. Innerbetriebliche Ansprechstelle	5
2. Gespräche mit Mitarbeitern des Unternehmens	6
3. Behandlung unternehmensinterner Unterlagen	8
4. Kreis der unternehmensinternen Verantwortlichen	9
5. Verteidigungsstrategie des Unternehmens	10
6. Vorrang schriftlicher Beantwortung von Fragen der Ermittlungsorgane	11
7. Beiziehung von Anwälten	12
8. Handlungsanweisung für die Durchsuchung von Betriebsräumen	13
9. Beschlagnahme von Unterlagen	17

	Rn.
10. Verzeichnis mitgenommener Dokumente	19
11. Protokoll der Durchsuchung	20
12. Aufzeichnung zum Ablauf der Durchsuchung und Beschlagnahme	21

7. Teil. Internationales Privat- und Prozessrecht

§ 100. Internationales Privatrecht

I. Einführung	1
II. Die Anknüpfung der Produkthaftungspflicht nach Rom II	5
1. Ausgangspunkt: Gemeinsamer Aufenthalt	6
2. Anknüpfung nach Art. 5 Abs. 1 Satz 1 Rom II	8
a) Art. 5 Abs. 1 lit. a Rom II	9
b) Art. 5 Abs. 1 lit. b Rom II	14
c) Art. 5 Abs. 1 lit. c Rom II	17
3. Anknüpfung nach Art. 5 Abs. 1 Satz 2	18
4. Stärkere Verbindung mit einem anderen Staat	20
III. Weitere relevante Bestimmungen in Rom II	21
1. Rechtswahl	22
2. Geltungsbereich des anzuwendenden Rechts	26
3. Sicherheits- und Verhaltensregeln	30
4. Direktansprüche gegen Versicherungen	31
5. Mehrfache Haftung und Rückgriff	32
6. Ordre public	35
7. Zeitliche Anwendbarkeit von Rom II	37
IV. Nationales Recht	40
1. Art. 40 EGBGB	41
2. Art. 41 EGBGB	44

§ 101. Gerichtsbarkeit über ausländische Staaten und Staatsunternehmen

1. Erkenntnisverfahren	2
a) Eingeschränkte Immunität für ausländische Staaten	2
b) Immunität für ausländische Staatsunternehmen	7
2. Vollstreckungsverfahren	9
a) Vermögenswerte ausländischer Staaten	10
b) Vermögenswerte ausländischer Staatsunternehmen	11

§ 102. Internationale Zuständigkeit

1. Gerichtsstand der unerlaubten Handlung	1
a) Autonomes Recht	2
b) Europäisches Recht	6
c) Staatsvertragliche Regelung	8
2. Gerichtsstand des Vermögens	9
a) Autonomes Recht	9
b) Europäisches Recht	12
c) Staatsvertragliche Regelung	13

§ 103. Durchführung des Produkthaftungsprozesses mit Auslandsberührung

1. Partei- und Prozessfähigkeit, Prozessführungsbefugnis	1
a) Parteifähigkeit	1
b) Prozessfähigkeit	2
c) Prozessführungsbefugnis	3

Inhaltsverzeichnis

7. Teil. Internationales Privat- und Prozessrecht

	Rn.
2. Ermittlung und Anwendung ausländischen Produkthaftungsrechts	5
a) Anwendung ausländischen Rechts von Amts wegen	6
b) Ermittlung des Inhalts ausländischen Rechts	8
c) Ersatzrecht	10
3. Revisibilität ausländischen Produkthaftungsrechts	12
4. Cautio iudicatum solvi	13

§ 104. Die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Entscheidungen in Produkthaftungssachen

1. Autonomes Recht	1
a) Entscheidung in einer Zivilsache	2
b) Internationale Zuständigkeit	5
c) Ordre public Klausel	8
2. Europäisches Recht	11
3. Staatsverträge	13
a) Entscheidung in einer Zivilsache	14
b) Internationale Zuständigkeit	15
c) Ordre public Klausel	16